Ausgabe 9 / September 2002 / Tischre 5763

€ 0,75

www.nunu.at

NU

NEWS ÜBER UNS

Ari allein zu Haus

IKG-Wahl 2002:

- Wer kandidiert
- Warum es keine Opposition gibt
- Ariel Muzicant im NU-Interview

INHALT

Seite 3 **POLITIK Kein Platz f r Juden?**
Peter Menasse über die Ausritte des „Volks"-Anwaltes Ewald Stadler

Seite 6 **IKG-WAHL 2002 Macht ohne Kontrolle?**
Bei der Wahl zum Kultusrat im November finden sich kaum Mitglieder bereit, gegen Muzicant anzutreten.

Seite 8 **IKG-WAHL 2002 „Gefechte sind vorbei"**
IKG-Präsident Ariel Muzicant im NU-Interview über die kommende Wahl, Frust im Kultusrat und eine mögliche Statutenreform

Seite 13 **IKG-WAHL 2002 Wer kandidiert?**
Überblick über Kandidaten und Gruppen vor der Wahl am 24. November 2002

Seite 14 **POLITIK „Ich bin kein Politiker"**
Alexia Wernegger sprach mit Clemens Jabloner über die Arbeit der Historikerkommission und seinen Bezug zum Judentum.

Seite 18 **HINTERGRUND Historikerbericht**
Im November liegt der Bericht der Historikerkommission vor. Ein erster Überblick über die Ergebnisse.

Seite 24 **RELIGION Strenge Regeln in Wiens Mikwen**
Alexia Wernegger über das jüdische Bad, in dem üblicherweise auch Übertritte durchgeführt werden. Nur Wien ist anders.

Seite 32 **KOMMENTAR „Ich bin ein Nicht-Kandidat"**
Martin Engelberg über seine Beweggründe, aus dem Kultusrat auszuscheiden

Seite 30 **KOLUMNE Alltagsgeschichten**
Erwin Javor über die Wahl und die Macherqualitäten des IKG-Präsidenten

Seite 34 **KOMMENTAR „Licht am Ende des Tunnels"**
Eldad Beck wertet die immer lauter werdenden Appelle von Palästinensern gegen den Terror als neue Friedenschance.

EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser,

Das Interview mit Wiens Bürgermeister Michael Häupl zum „Haus der Geschichte" in NU 8 hat starke mediale Beachtung gefunden. So brachten apa, „Kurier", „Krone" und „Wiener Zeitung" Auszüge daraus. Besonders gefreut haben wir uns über einen langen Artikel in der Wiener Stadtzeitung „Falter", der NU bescheinigte, mit „spannenden Reportagen im Spitzenfeld österreichischer Medien mithalten" zu können. Die Latte wurde dem NU-Team also recht hoch gelegt.
Einen Schwerpunkt des neuen Heftes bildet die kommende Wahl zum Kultusvorstand am 24. November. Dazu hat Danielle Spera eine Information über die verschiedenen wahlwerbenden Gruppen zusammengestellt. Saskia Schwaiger und Alexia Wernegger haben sich mit Mitgliedern der Gemeinde unterhalten und erfragt, warum sie nicht oder nicht mehr für den Vorstand kandidieren. Dabei wurde den Redakteurinnen von Demokratiedefiziten berichtet, die viele davon abhalten, sich zu betätigen. Einer der Enttäuschten ist unser Redaktionsmitglied Martin Engelberg, der in seinem Kommentar erläutert, warum er nicht mehr zur Wahl antreten wird. Darüber hinaus hat er in einem ausführlichen Interview Präsident Ariel Muzicant zu diesen Vorwürfen, aber auch zu seinen Plänen für eine nächste Amtsperiode befragt.
Alexia Wernegger sprach mit dem Chef der Historikerkommission, Clemens Jabloner, über seine Arbeit und seinen Bezug zum Judentum.
Mit den Ausfällen des „Volksanwalts" Ewald Stadler befasst sich ein weiterer Themenblock.
Eva Menasse beschreibt eine außergewöhnliche Reise in die Vergangenheit, die sie mit ihrem Vater unternommen hat. Sie fuhren nach England und besuchten jene Plätze, die Hans Menasse als Kind gekannt hatte: Als Achtjähriger war er 1938 nach England geschickt worden. Ein Erlebnisbericht, der Sie nicht ganz ungerührt lassen wird.

Viel Vergnügen und Anregung beim Lesen wünscht Ihnen

Peter Menasse, Chefredakteur

Volksanwaltschaft – Kein Platz f r Juden

| Ewald Stadler, der von den Freiheitlichen nominierte Volksanwalt, stellt den demokratischen Grundkonsens der Republik Österreich in Frage. 1945 sei das Land nur angeblich von der Tyrannei befreit worden, behauptet einer, der angetreten ist, die demokratischen Spielregeln des Landes zu überwachen. Die österreichischen Juden – und viele Demokraten mit ihnen – haben damit erstmals seit 1945 ein konkretes demokratisches Recht, nämlich den Zugang zu allen Bereichen der Volksanwaltschaft, verloren. |

Von Peter Menasse

Man konnte eine solche Geschichtsinterpretation in Österreich von Kriegsende bis heute oft hören. Denn der Großteil der Bevölkerung dieses Landes hatte sich seinerzeit mit der Naziherrschaft identifiziert, die Auslöschung von Österreich als Nation gutgeheißen und trotz des Verlustes ihrer Männer, Väter und Brüder in einem sinnlosen Vernichtungskrieg keine wesentlichen Anstrengungen gesetzt, die Herrschaftsverhältnisse zu ändern. Es mussten fremde Truppen das österreichische Volk zur Räson bringen. Viele, ja die meisten Menschen haben später begriffen, dass sie oder ihre Eltern und Großeltern ein Unrechtssystem unterstützt hatten. Einige aber – und dazu gehört Ewald Stadler – sehen das bis heute anders.

Im Jahr 1995 fand im deutschen Feuilleton eine ausführliche Diskussion um die Lage nach Kriegsende im Mai 1945 statt. Als Reaktion auf den Kommentar einer Deutschen, die sich über Not und Elend nach dem Einmarsch der Alliierten beklagte, schrieb ein Pole seine Antwort, die so oder ähnlich auch die österreichischen Juden Ewald Stadler und seinen Gesinnungsgenossen hätten geben können: „Als für Sie, werte Frau, eine schwierige Zeit begann, konnte ich erstmals den Kasten verlassen, in dem ich mich jahrelang vor den Nazis hatte verstecken müssen."

Nicht erst seit den jüngsten Stadlerschen Ausfällen haben die österreichischen Juden mit der Realität zu Rande zu kommen, dass es hierzulande eine Gruppe von Menschen gibt, die als

FP-Volksanwalt Stadler: Der Mann, der die demokratischen Spielregeln überwachen soll, stellt die Demokratie in Frage.

„Tyrannei" bezeichnen, was ihnen und ihren Familien erst wieder die Möglichkeit gab, als Menschen zu leben. Aber der Fall Ewald Stadler ist gewichtiger und folgenreicher als eine antisemitische Wirtshausstänkerei. Dieser Mann wurde von einer österreichischen Regie-

VP-Bauer: Lehnte in einer gemeinsamen Erklärung mit Kostelka die „Geschichtsinterpretation Stadlers" ab.

SP-Kostelka: „Stimme zu, dass Stadler das Ansehen der Volksanwaltschaft schädigt."

rungspartei zu einem von drei Volksanwälten nominiert und ist in dieser Funktion nicht absetzbar. Er vertritt das Volk bei Ungerechtigkeiten und Problemen in den Verwaltungsbereichen Polizei, Fremdenrecht, Justiz, Bundesheer, Zivildienst, Unterricht und Kultur. Und dieser Kompetenzbereich lässt sich nicht einschränken, weil die Geschäftsordnung der Volksanwaltschaft nur im Einvernehmen aller drei Volksanwälte geändert werden kann.

Die österreichischen Juden – und viele Demokraten mit ihnen – haben damit erstmals seit 1945 ein konkretes demokratisches Recht verloren. An den schmissigen Herrn Stadler können sie sich nach seinen Aussagen in Seebarn nicht mehr wenden. Die Volksanwaltschaft ist ihnen damit in wichtigen Bereichen verschlossen. Ein Beispiel gefällig? Würde jemand Herrn Stadler wegen des Verdachts auf Wiederbetätigung bei der Staatsanwaltschaft anzeigen und verabsäumte diese handelnd zu werden, müsste sich der Anzeiger an den für die Justiz zuständigen Volksanwalt Stadler wenden, um sein Recht durchzusetzen. Eine unannehmbare Lage ist entstanden.

Die Redaktion der Zeitung NU hat darauf politisch reagiert *(siehe Kasten Seite 5)*.

Eine Absetzbarkeit der Volksanwälte, wie sie inzwischen von manchen (z. B. vom VP-Staatssekretär Franz Morak) gefordert wurde, würde zu einer Lösung der durch Stadler entstandenen Problematik nichts beitragen. Es würde dann vermutlich nur der „rote" Volksanwalt Peter Kostelka von der parlamentarischen Mehrheit durch eine regierungsnahe Person, vielleicht sogar durch einen ebenso schmissgezeichneten „Kameraden" des Ewald Stadler ersetzt werden.

Die sich abzeichnende Lösung des Problems schaut so aus, dass die beiden Volksanwälte Rosemarie Bauer und Peter Kostelka niemanden wegschicken werden, womit sich – wie es in Österreich so oft der Fall ist – die Realverfassung von der festgeschriebenen deutlich unterscheidet.

Die einzige wirkliche Lösung wäre eine deutliche Wahlniederlage der FPÖ, einer Partei, die schamlos demokratische Positionen mit Menschen besetzt, die diese nur benutzen, um Strukturen und Grundwerte der Demokratie in Frage zu stellen. Das ist ein Muster, wie es zuletzt ab den Dreißigerjahren von jenen verwendet wurde, die später die Demokratie abgeschafft haben. 1945 ist diese Republik wieder entstanden. Man sollte sie nicht noch einmal ihren Feinden überlassen. ■

INSTITUT FÜR DIAGNOSTIK UND THERAPIE CHRONISCHER ERKRANKUNGEN

Dr. Ludwig Rubin und Ruth, Sidonie und Simon Adler

wünschen allen Freunden und Bekannten ein glückliches neues Jahr!

שנה טובה

Kommerzialrat Georg König und Dr. Robert König

wünschen allen Freunden
und Bekannten
ein glückliches neues Jahr

שנה טובה

כתיבה וחתימה טובה

Pierre Lopper

wünscht allen Freunden
und Bekannten
ein glückliches neues Jahr!

NU fordert neue Geschäftsordnung bei der Volksanwaltschaft

Die Redaktion von NU hat eine Änderung der Geschäftsordnung der Volksanwaltschaft angeregt: Denn nach der „Sonnwendrede“ ist es niemandem mehr zumutbar, sich an Ewald Stadler zu wenden. Die beiden demokratischen Volksanwälte meldeten sich daraufhin mit einer öffentlichen Erklärung zu Wort, die eine deutliche Abgrenzung vom Geschichtsbild ihres Kollegen enthielt. Jede Person könne sich an jeden Volksanwalt wenden, hieß es darin außerdem. Auch IKG-Präsident Muzicant formulierte öffentlich die konkrete Besorgnis der Jüdischen Gemeinde. Bundeskanzler Schüssel war nicht bereit, NU ein Interview zu den Ausritten des schmissigen Volksanwalts zu geben.

Am 21. Juni 2002 hielt Ewald Stadler seine Rede in Seebarn. Den Einmarsch der alliierten Truppen 1945 in Österreich bezeichnete er dort als „angebliche“ Befreiung von der Tyrannei, während offensichtlich die Besatzungszeit in seinen Augen die wahre Periode der Tyrannei darstellt („1945 [...] sind wir angeblich vom Faschismus und von der Tyrannei befreit worden und in die nächste Tyrannei geraten“). Der Standard veröffentlichte die leicht gekürzte Rede am 5. Juli.
Die Redaktion von NU hat am 9. Juli in einem offenen Brief die beiden Volksanwälte Rosemarie Bauer und Dr. Peter Kostelka darauf hingewiesen, dass „namentlich Menschen, die vom Hitlerregime verfolgt wurden und ihre Nachfahren – Menschen also, die nur in diesem Land leben können, weil die Alliierten 1945 das Unrechtssystem der Nationalsozialisten besiegt haben – jetzt von der Hilfe ausgeschlossen sind, wenn sie Probleme in einem Verwaltungsbereich bekommen, der laut Geschäftsordnung zum Arbeitsfeld von Ewald Stadler gehört“. Die beiden Volksanwälte wurden aufgefordert, alles zu unternehmen, um „die bisherige Geschäftsordnung so zu verändern, dass jeder Volksanwalt in allen Verwaltungsbereichen tätig werden kann“. Wir forderten dies im Wissen, dass zu einer Änderung der Geschäftsordnung derzeit ein Konsens aller drei Volksanwälte notwendig ist.

Am 10. Juli wurde unser Brief von der APA veröffentlicht. Am selben Tag erhielten wir Antwortschreiben von den beiden Volksanwälten. Rosemarie Bauer („Ich bedauere nicht nur die Aussagen von Mag. Stadler zutiefst, sondern auch, dass dadurch das Vertrauen vieler in die Objektivität der Volksanwälte erschüttert wurde“) sah allerdings „keine Grundlage, eine Änderung der Geschäftsordnung herbeizuführen, da bislang die Ausübung der Verwaltungskontrolle durch ihren Amtskollegen Mag. Stadler keinen wahrnehmbaren Umstand zur Kritik ersichtlich gemacht hat“. Es würden die Rechtsgrundlagen allerdings ohnehin vorsehen, dass „jedermann seine Probleme mit jedem von ihm gewünschten Volksanwalt besprechen kann“.
Peter Kostelka – „[...] und stimme Ihnen in der Beurteilung der Situation zu, dass Volksanwalt Mag. Stadler mit seinen Aussagen das Ansehen der Volksanwaltschaft belastet“ – bot an, dass er „alle Möglichkeiten der Geschäftsordnung nützen werde, um eine objektive und den Anliegen der Beschwerdeführer entsprechende Prüfung von Beschwerden sicherzustellen“.
Am selben Tag veröffentlichten die beiden Volksanwälte dann eine „Gemeinsame Erklärung“, in deren Zentrum eine Ablehnung der Geschichtsauffassung von Ewald Stadler stand: „Weil wir uns zur Verfassung, auf die wir angelobt wurden, und selbstverständlich auch zur Proklamation über die Selbstständigkeit Österreichs (StGBl 1/1945) bekennen, lehnen wir die geschichtliche Interpretation von Mag. Stadler ab. 1945 wurde Demokratie und Rechtsstaat in Österreich wiedererrichtet.“ Auch in diesem Schreiben wurde festgehalten, dass es jedermann freistünde, sich mit seinen Problemen an den Volksanwalt seiner Wahl zu wenden.

Die gemeinsame Erklärung wurde ebenfalls von der APA veröffentlicht und fand Niederschlag in einigen österreichischen Tageszeitungen. Auch Präsident Ariel Muzicant stimmte der Einschätzung von NU zu. In einer APA-Aussendung stellte er fest, dass viele Gemeindemitglieder kein Vertrauen zu Ewald Stadler mehr hätten, wie eine Vielzahl von Anrufen zeige. Auch er formulierte den „dringenden Wunsch, sich zu überlegen, die Einteilung der Zuständigkeiten in der Volksanwaltschaft zu überdenken“.

Die Bitte der NU-Redaktion an Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, eine Stellungnahme zu den Stadlerschen Aussagen abzugeben, wurde nicht erfüllt.

Kultusrat bei der Arbeit: Zumindest zehn der 24 Mitglieder wollen nicht mehr kandidieren. Der Tenor: Es sei „ohnehin nichts zu erreichen, was dem Präsidenten nicht ins Konzept passt".

„Zwölf Jahre nichts erreicht – das reicht"

| Die IKG-Wahl steht bevor. Doch trotz Kritik an der bestehenden Führung ist kaum jemand bereit, selbst zu kandidieren. In den Reihen der Opposition hat sich Resignation breit gemacht. |

Von D. Spera, S. Schwaiger, A. Wernegger

Seit zwölf Jahren sitzt Robert Liska für die Fraktion Khal Israel im Vorstand der Kultusgemeinde Wien. Drei Amtsperioden waren genug, meint er nun. Und: „Von Sesselkleberei halte ich nicht viel." Bei der Kultusratwahl im Herbst wird Liska, der unter IKG-Präsident Paul Grosz das Amt des Vizepräsidenten bekleidete, nicht mehr kandidieren. „Neue Gesichter" seien gefragt.

Doch die „neuen Gesichter", so scheint es, bleiben aus. Voraussichtlich zehn der insgesamt 24 Kultusratvorsteher stellen sich am 24. November 2002 nicht mehr der Wahl. Gleichzeitig sind aber kaum neue, vielversprechende Mitglieder der Gemeinde bereit, sich die Arbeit im Kultusvorstand „anzutun".

Resignation hat sich breit gemacht. Es habe „ohnehin keinen Sinn", so der Tenor derer, die der IKG den Rücken kehren, weil „ohnehin nichts zu erreichen ist, was dem Präsidenten nicht ins Konzept passt". Fazit: Die Kultusratwahl bleibt ein „family business" (*siehe Kasten Seite 11*), eine demokratische Wahl zwar, aber ohne echte Alternativen.

„Wir haben zwölf Jahr lang nichts erreicht, das reicht", begründet Ludwig Rubin (Jüdische Allianz) seine Nicht-Kandidatur. Die Arbeit im Kultusrat, so Rubin, sei vergeudete Zeit gewesen. Sein zynisches Fazit: „Man kann im Kultusrat mit Mehrheit feststellen, dass die Erde eckig ist."

Robert Liskas Kritik ist differenzierter, zielt aber in dieselbe Richtung: „Die Kultusgemeinde läuft seit einigen Jahren in geregelten Bahnen, wo eine kleine Gruppierung, die nicht unbedingt in allen Detailfragen mit der Führung einer Meinung ist, wenig ausrichten kann."

Zwei der 24 Sitze hält Liskas Gruppe „Khal Israel", die innerhalb der Gemeinde die Einhaltung der religiösen Speisegesetze (Kaschrut) beaufsichtigt, derzeit im Kultusrat. Früher, so Liska, früher sei es in der Kultusgemeinde üblich gewesen, eine „konsensuale Politik" zu fahren. „Aber auch dort hat ein Generationenwechsel stattgefunden und dieser hat mit sich gebracht, dass wir im Moment in einer sehr charismatisch geführten Gemeinde sind, wo Einzelmeinungen wenig ausrichten."

Weniger vornehm formuliert: Die Politik von IKG-Präsident Ariel Muzicant diene mehr seiner Selbstdarstellung als dem Wohl der Wiener Juden. Diese Ansicht trifft die Wahrnehmung vieler in der IKG: Muzicants Medienpräsenz sei oft übertrieben und strategisch unüberlegt, während – trotz entsprechendem Beschluss zu Beginn seiner Amtszeit – noch immer kein Pressesprecher eingestellt wurde. Sein Aktionismus, etwa die öffentliche Ankündigung, dass es bei Ausbleiben von öffentlichen Subventionen in zwanzig Jahren keine Juden mehr in Österreich gäbe, sorgten für Unruhe, ganz besonders unter älteren Gemeindemitgliedern. Offensichtlich überzogene Darstellungen, etwa die Aussage, es sei aufgrund der FPÖ-Politik zu Übergriffen auf Juden in Wien gekommen, obwohl keine entsprechenden Anzeigen vorlagen, gefährden in den Augen vieler nicht nur Muzicants eigene Glaubwürdigkeit, sondern die der gesamten IKG.

Kritisiert wird aber vor allem die Tendenz des Präsidenten, Entscheidungen im Alleingang zu fällen, was zuletzt sogar in seiner eigenen Fraktion (Atid) dazu führte, dass in den letzten zwölf Monaten die Sitzungen des Kultusvorstands aus Mangel an Teilnehmern oft nicht mehr beschlussfähig waren.

Zwei konkrete Vorfälle sorgten in den vergangenen vier Jahren für große Unruhe innerhalb der Gemeinde:

• Kontrollbericht über das Maimonides-Zentrum: Nachdem sich über Jahre Berichte über Missstände im Elternheim gehäuft hatten, wurde unter der Leitung von Martin Engelberg das Maimonides-Zentrum von unabhängigen Fachleuten und Gutachtern mit großem Aufwand und unter Einsatz von viel Zeit und Energie überprüft. Die wichtigsten Erkenntnisse des Berichts: zu wenig und zu wenig qualifiziertes Personal, unzureichende medizinische Versorgung der Heimbewohner, ungewöhnlich hohe Bezüge des leitenden Personals, undurchsichtige Abrechnung von Spesen. Es stellte sich heraus, dass nicht die IKG das Maimonides-Zentrum unterstützte, sondern umgekehrt bis zu zehn Millionen Schilling vom Zentrum an die IKG flossen. Zuletzt verließen Geschäftsführer und Heimleiterin das Zentrum, erhielten aber – entgegen einem Gutachten der Kontrollkommission – eine Abfertigung und Vergünstigungen anderer Art.

Völlig unverständlich blieb dabei vielen in der Gemeinde die Haltung des Kultusvorstandes: Der Bericht über das Maimonides-Zentrum wurde abgelehnt, Informationen durften bis heute nicht veröffentlicht werden und die Verantwortlichkeit ist immer noch nicht geklärt.

• Treffen Haider–Muzicant: Präsident Ariel Muzicant stellte im Kultusvorstand (November 2001) zur Diskussion, ob er sich im Rahmen der Restitutionsverhandlungen mit Jörg Haider treffen solle. Anlass dafür war die Forderung der IKG nach der Rückgabe von in der NS-Zeit entzogenem Gemeindevolumen. Nachdem der Kultusvorstand mit den Beratungen darüber begonnen hatte, traf die Abendausgabe der „Presse" ein. Auf der Titelseite stand bereits das Ergebnis der Debatte fest: Die Schlagzeile lautete: „Muzicant erstmals zu Treffen mit Haider bereit" – Muzicants Beteuerungen, einem „Leger" des Journalisten aufgesessen zu sein *(siehe auch Interview, Seite 6)*, war für die meisten irrelevant: Muzicant hatte damit bewiesen, dass der Kultusrat nur mehr das Erfüllungsorgan für seine bereits getroffenen Entscheidungen ist.

„Man kann im Kultusrat mit Mehrheit feststellen, dass die Erde eckig ist."

Im Interview mit NU geht Muzicant auf diese Vorwürfe nicht ein. Dennoch gesteht er ein, dass die Einbindung der Kultusratmitglieder verbesserungswürdig ist und kündigt eine Reform an. Ob und wie diese Reform umgesetzt wird, bleibt abzuwarten. Zunächst wird sich bei der Wahl entscheiden, wie hoch das Vertrauen der Gemeinde in ihren Präsidenten wirklich ist. ■

„Die wilden Gefechte sind vorbei“

| IKG-Präsident Ariel Muzicant spricht mit NU über die kommende Wahl, über Frust im Kultusrat und über eine mögliche Statuten- und Wahlrechtsreform. |

Von Martin Engelberg

NU: Zehn der 24 Kultusvorsteher werden bei der kommenden Wahl zum Kultusvorstand nicht mehr kandidieren. Ist das nicht besorgniserregend?

Muzicant: Das ist nichts Außergewöhnliches, das war immer schon so und hat individuelle Gründe. Einer der Kultusvorsteher hat sich entschieden, Österreich zu verlassen, ein zweiter wird von seiner Partei nicht mehr aufgestellt, ein dritter hat berufliche, ein vierter familiäre Gründe, ein fünfter sagt, zehn bis zwölf Stunden in der Woche arbeiten – meist unbedankt und natürlich kostenlos und unentgeltlich – ist nicht unbedingt auf Dauer erstrebenswert. Es ist ein natürlicher Prozess, dass ein ehrenamtlicher Job auch wieder verlassen wird.

Einige der Kultusvorsteher haben das Gefühl, dass sie praktisch nichts beitragen können, und sie benennen Demokratiedefizite als Grund dafür, dass sie nicht mehr kandidieren.

Das Statut der Kultusgemeinde ist sicherlich relativ alt und führt noch immer dazu, dass die Einbindung in die Arbeit besser sein könnte. Andererseits: Jeder, der etwas tun will, kann sich einbringen und wurde noch nie daran gehindert, etwas zu tun und Verantwortung zu übernehmen. Es gibt Kultusräte, die in den Kultusrat kommen mit der Absicht, eine ganz bestimmte Gruppe zu vertreten und nicht die allgemeinen Interessen, und es gibt andere Kultusvorsteher, die, wenn sie nicht zur Partei des Präsidenten gehören, sagen, dann mache ich Opposition. Das Statut sieht an und für sich keine Regierung und Opposition vor, es sieht vor, dass jeder in die Arbeit eingebunden wird. Es ist eben auch eine Frage des Vertrauens und des gegenseitigen Miteinanderkönnens. Am Anfang der Legislaturperiode war das ja nicht gegeben.

Manche sagen, dass es in den vergangenen vier Jahren eben nicht gelungen ist, dass sie das Gefühl haben, sich einbringen zu können.

Es ist nicht hundertprozentig gelungen. Es ist aber immerhin vieles an Kooperation gelungen. Wir hatten sehr viele einstimmige Beschlüsse.

Aber das Auffälligste war doch, dass eine Reihe von Mitgliedern des Kultusvorstandes – Engelberg, Liska, Moskovits, Bessler usw. – das Gefühl hatte, dass das, was sie einbringen wollen, nicht wirklich ankommt. Und das sogar in den Gruppen, die eher „Koalitionäre" von Atid sind. Bei der vergangenen Sitzung des Kultusvorstandes war nur einer der vier Mandatare der Bucharischen Liste da ...

Zwei sind verreist ...

Nun, in dem Jahr ist es ja schon einige Male vorgekommen. Tatsächlich hatten wir ja jedes Mal kein Quorum oder waren nur knapp beschlussfähig.

Das stimmt nicht. Bis auf eine Sitzung hatten wir bei sechzig Sitzungen des Kultusvorstandes in den letzten vier Jahren immer ein Quorum.

Dieses Jahr musste man bei jeder der fünf oder sechs Sitzungen telefonieren gehen, um die Kultusvorsteher zu holen …

Dieser Kultusvorstand hat in dieser Legislaturperiode ein unglaubliches Pensum hinter sich gebracht. Wenn du dir die Zahl der Beschlüsse anschaust, die umgesetzt wurden, dann sind das zwei Mal so viel wie vor vier Jahren. Es kann auch sein, dass das eine gewisse Ermüdungserscheinung ist. Das Problem der bucharischen Vereinigung ist leicht erklärt: Deren Vertreter haben doppelte Funktionen. Sie sind Kultusvorsteher und gleichzeitig Vorstände ihrer Vereine und als solche haben sie zur Zeit enorme Probleme: Diese Gruppe unserer Gemeinde leidet besonders unter dem Arbeitslosenproblem und sozialen Schwierigkeiten.

„Die Zeit, als es Parteien mit ideologischen Unterschieden gab, hat sich ja eigentlich berlebt. Es ist heute eher die Frage: Halte ich eine bestimmte Person f r f hig, eine Funktion im Kultusvorstand auszu ben oder nicht."

Noch einmal und anders gefragt: Wie siehst du dich als Präsident jetzt, zurückschauend auf die letzten vier Jahre? Den Vorwurf, dass du Dinge an dich ziehst und andere zu wenig einbindest?

Zunächst einmal wurde die Kultusgemeinde, egal wie man es jetzt darstellen will, in vielen Bereichen befriedet. Es gibt keine Prozesse mehr, es gibt keine persönlichen Auseinan-

dersetzungen mehr, die wilden Gefechte haben aufgehört. Das ist nicht mein Verdienst, aber das ist einfach ein Faktum.

Wieso war das so? Wessen Verdienst ist das?

Der Erfolg hat viele Väter. Jedenfalls habe ich das Meinige dazu beigetragen. Ich habe sehr, sehr starken Druck ausgeübt und habe alles dazu getan um bestehende Konflikte zu beruhigen. Für die Zukunft glaube ich, dass die

Einbindung in die Arbeit nur dann herbeizuführen ist, wenn man grundsätzlich einen anderen Weg geht. Ich glaube, dass es eine der wichtigsten Aufgaben in der nächsten Legislaturperiode sein wird, das antiquierte Listenwahlrecht, das dazu führt, dass eigentlich niemand seinen eigenen Vertreter in den Kultusrat schicken kann, durch eine andere Form der direkten Demokratie zu ersetzen. Und ich glaube, dass man die Leute auch mehr für Funktionen wählen muss und weniger nach Sympathie und Antipathie. Die Zeit, als es Parteien mit ideologischen Unterschieden gab, hat sich ja eigentlich überlebt. Es ist heute eher die Frage: Halte ich eine bestimmte Person für fähig, eine Funktion im Kultusvorstand auszuüben oder nicht und nach diesem Motto überlegen wir schon die längste Zeit eine Statutenreform und eine Wahlrechtsreform.

Warum hat es die dann bisher nicht gegeben?

Weil wir nicht alles auf einmal machen können. Wir sind nur eine ganz kleine Gemeinde. Die Restitution und die Auseinandersetzungen mit Haider, Wenderegierung und anderen Dingen, haben sehr viel Kraft in Anspruch genommen. Parallel dazu bemühen wir uns, die finanzielle Sanierung der Gemeinde durchzuziehen. Eine Statutenänderung darf man nur am Anfang einer Legislaturperiode durchführen. Für die nächste Legislaturperiode soll dieses große Paket umgesetzt werden.

Ich frage noch mal nach deiner persönlichen Einschätzung der letzten Jahre, in denen du Präsident warst.

Ich bin mit dem Resultat zufrieden. Sicherlich hätte man manches anders machen können. Aber in den großen Bereichen Öffentlichkeitsarbeit, Effizienz, Restitution, Tempo war es o. k. Wenn du dir das Tempo anschaust, in dem Dinge umgesetzt werden, hat sich das dramatisch gesteigert. Wir haben einige Bereiche saniert: Ob das jetzt das Maimonides-Zentrum ist, die Gebäudeverwaltung, allgemeine Verwaltung, Anlaufstelle. Wir haben ein Sparkonzept umgesetzt und wir haben im Großen und Ganzen ein enorm positives Echo: 850 Neuanmeldungen in der IKG in den letzten viereinhalb Jahren sind ja auch nicht schwach. Das ist meiner Meinung nach auch ein Resultat einer Politik, die scheinbar Zufriedenheit auslöst. Ein Defizit ist ganz sicherlich das Einbinden der Leute in die Arbeit, aber das ist auch eine Frage des Vertrauens, des miteinander Könnens oder nicht Könnens.

Ein wichtiger Punkt, der immer wieder kritisiert wird, ist, dass du sehr viel alleine bzw. im kleinen Kreis entscheidest und letztendlich am Kultusvorstand politisch vorbeiagierst.

Das ist zwar eine Kritik, aber wahr ist, dass alle wesentlichen Fragen – wie Haider, Restitution, Öffentlichkeitsarbeit etc. –, dass also alle wesentlichen Punkte im Kultusvorstand debattiert und entschieden worden sind. Ich habe weder die Restitution im Alleingang gemacht, noch den Haider, noch die Auseinandersetzungen mit der Regierung.

Das Musterbeispiel war doch die Diskussion im Kultusvorstand, als es um die Entscheidung ging, ob es zu einem Treffen mit Haider kommen soll. Während wir diskutierten, wurde die Abendausgaben der „Presse" hereingebracht mit der Schlagzeile „Haider trifft Muzicant" auf der Titelseite.

Ja – ich habe erklärt, wie das zustande kam. Das war ein Leger des Journalisten.

Aber das Zitat hat doch gestimmt.

Nein. Ich habe im Interview gesagt, ich gehe mit der Entscheidung in den Kultusvorstand. Der Text war richtig, die Überschrift widersprach dem Text. Der Chefredakteur hat eine Schlagzeile gebraucht … Es hat deshalb ein wüstes Dementi von mir gegeben. Und noch einmal: Manchmal passieren leider Fehler – in dieser Situation hätte man vielleicht sagen müssen, no comment – rufen Sie mich morgen an.

Was ist mit dem Defizit, das eigentlich auf null hätte gehen sollen?

Das war nicht realistisch. Auf der einen Seite haben wir ein Maimonides-Zentrum vorgefunden, wo wir mit vierzig Prozent des Sollpersonals gefahren sind. Wir haben jetzt das Personal auf achtzig Prozent hinaufgefahren, bei gleich gebliebener Belegung. Wir haben jetzt die höchste Anzahl von Pflegepersonal pro Bewohner, die das Maimonides-Zentrum jemals hatte. Seit wir mit dem Pflegepersonal raufgefahren sind und nur mehr qualifiziertes Personal anstellen, haben wir einen jährlichen Abgang von sieben Millionen Schilling.

O. k., das ist ein Faktor.

Punkt zwei: Die soziale Situation der österreichischen Juden hat sich dramatisch verschlechtert. Die Zahl der Mitglieder unter der Armutsgrenze hat sich erhöht. Die Zahl der Armen hat sich verdreifacht. Aber auch die Sicherheitskosten – ich meine, angesichts des 11. September und der Anschläge in Europa – was willst du machen. Du kannst über die Philosophie diskutieren, ob du die Sicherheit brauchst. Wir haben 59.000 Mannstunden. Wir haben uns das Ganze auch vom Innenministerium berechnen lassen – die kämen auf das Anderthalbfache.

Es ging in den Diskussionen im Kultusvorstand nicht um die Frage: Sicherheit ja oder nein, sondern um die Frage des Ausmaßes.

Du kannst das Prinzip der Sicherheit diskutieren, aber am Ende des Tages wirst du an den Mannstunden nicht vorbeikommen: Wenn du der Schule keine Sicherheit gibst, hast du keine Kinder dort, und wenn du Esra keine Sicherheit gibst, hast du keine Sozialhilfe mehr.

Du wirst bei der bevorstehenden Wahl antreten und als Präsident kandidieren?

Ja.

Wenn du gewählt wirst: Was sind die großen Projekte der nächsten Jahre?

Sicher muss jetzt als Nächstes die Verwaltungsreform kommen, es muss – das ist sicher nicht so populär – die finanzielle Lage saniert werden. Das ist sicher nicht in einer Legislaturperiode möglich, das wird zwei dauern.

Wie geht das?

Wir sind dabei, ein Konzept vorzulegen. Es wird äußerst schwer und vor allem muss jetzt einmal die Restitution umgesetzt werden. Es ist ja nicht damit getan, dass wir die Restitution durchkriegen, wir müssen sie auch durchführen. Was sich herausstellt, ist, dass die Republik die Gesetze beschließt, aber bei der Durchführung geht nichts weiter.
Ein Beispiel: die Sozialleistungen, die sie einbehalten wollten. Man muss überall und ständig dahinter sein, damit die Dinge auch wirklich umgesetzt werden.
Dann bedarf es einer Reorganisation der Situation mit Schulen, Jugendarbeit und Erziehungsangelegenheiten. Es gibt Verhandlungen zwischen Chabad- und Zwi-Perez-Chajes-Schule – ich erwarte, dass wir innerhalb eines

Jahres eine Zusammenarbeit finden, dass wir doch versuchen, die einzelnen Schulen stärker miteinander zu verknüpfen. Das Langzeitziel muss sein, dass man Zweigleisigkeiten verhindert und damit spart.

Ein anderes großes Thema ist die Frage: Wie präsentiert sich eine Kultusgemeinde im 21. Jahrhundert? Ist das eine Religionsgemeinschaft, wie man sich das früher vorgestellt hat? Oder sind wir die Vertretung der Juden mit allem, was dazugehört, von der Kultur über die politische Vertretung bis hin zu einer gesellschaftlichen Funktion?

Ich glaube, dieser Diskussion wird sich die Kultusgemeinde in den nächsten vier Jahren stellen müssen und dazu Modelle anbieten. Man muss generell definieren: Hat Kultusvorsteher Mordechai Mandl (Machsikei Hadass – streng orthodoxe Liste) oder Kultusvorsteher Dr. Robert Liska (Khal Israel) Recht, dass wir nur dazu da sind, die religiösen Bedürfnisse zu befriedigen, oder hat NU Recht, dass wir uns als Juden auch mit gesellschaftspolitischen und kulturellen Dingen beschäftigen, oder, wie ich das jetzt versucht habe, sind wir auch eine politische Vertretung der Juden? Ich glaube eine Israelitische Kultusgemeinde im 21. Jahrhundert muss alle diese Aufgaben erfüllen. Es wird eine interessante interne Diskussion geben. Dies, gekoppelt mit der Tatsache, dass wir in zehn Jahren ein Drittel unserer Mitglieder verlieren. Es gibt nämlich Berechnungen, dass in zehn Jahren das Defizit zwischen Sterbe- und Geburtenfällen 1.500 Mitglieder betragen wird. Wenn die Emigration, also die Auswanderung der jungen Leute zusätzlich so weitergeht wie derzeit, wird es 2012 nur noch 4.500 Mitglieder geben.

Was erwartest du bei der kommenden Wahl?

Mein Ziel ist es, den Wahlkampf so kurz wie möglich und so ruhig wie möglich zu halten und Schlammschlachten und wilde Auseinandersetzungen tunlichst zu vermeiden. Ich will jetzt die Feiertagsruhe genießen. Anschließend müssen sechs Wochen Wahlkampf genügen. ■

SOLIDA GES.M.B.H.
Korab Josef
wünscht allen Freunden
und Bekannten
Mazal und Broches!
שנה טובה

כתיבה וחתימה טובה
Samuel Laster,
Yudith (Jolita)
und Miriam
wünschen Shana Tova
vegmar Chatima tova

כתיבה וחתימה טובה
Hanna Fröhlich,
Simone Dina Hartmann,
Samuel Laster
wünschen Shana Tova

כתיבה וחתימה טובה
Simon Deutsch Textilhandel
Import Export Transit
Tel.: 533 75 72
wünscht allen Freunden und Kunden
ein glückliches neues Jahr

IKG-Wahl: Ein „family business“

It’s all in the family, es bleibt alles in der Familie – das Humphrey-Bogart-Zitat könnte auch für die IKG-Wahl gelten. Deutlich wird das beim Blick auf die Ergebnisse der letzten Wahl im Frühjahr 1998:
Wahlberechtigt waren 5.138 IKG-Mitglieder, 3.066 haben ihre Stimmen abgegeben, 31 waren ungültig.

Atid: 621 (stellte 24 Kandidaten)
Einheit: 605 (24 Kandidaten)
Sefardim: 438 (24 Kandidaten)
Khal Israel: 237 (10 Kandidaten)
Jüd. Allianz: 274 (24 Kandidaten)
Bund: 240 (10 Kandidaten)
Misrachi: 180 (24 Kandidaten)
Machsike: 170 (3 Kandidaten)
Georgische Liste: 153 (3 Kandidaten)
Anachnu Bucharim: 103 (3 Kandidaten)

Insgesamt standen 149 Kandidaten knapp 3.000 Wählern gegenüber. Das heißt, dass dreißig Prozent der Wähler sich selbst oder einem nahen Verwandten ihre Stimme gegeben haben. Ein Family-Business also.
Wie präsentiert sich aber jetzt die Ausgangssituation? Atid, die Liste, die sich kurz vor der Wahl 1998 formiert und dann mit einem Vorsprung von 16 Stimmen gewonnen hat, gilt als so eng zusammengeschweißt wie ein traditioneller Familienclan. Nichtsdestotrotz wagt ein wichtiges Mitglied den Absprung: Heini Frankl hat sich nicht gerade in gutem Einvernehmen verabschiedet. Abgesehen davon, dass er seine Kritik am Stil seiner Fraktion sehr offen artikuliert hat, sorgte auch noch eine private Familienfehde mit dem Hauptkoalitionspartner Sefardim – Bucharische Liste für den endgültigen Bruch. Weder politische Freundschaft noch das berühmte Machtwort des Präsidenten halfen.
Auch der Shooting Star der letzten Wahl, Dani Fuchs, scheint diesmal nicht mehr dabei zu sein. Er hat mittlerweile eine Familie gegründet und widmet sich wieder seinen Studien. Als „Köderkandidat“ für die Jugend wird diesmal Rafael Schwarz gehandelt.
Fest steht jedenfalls bei Atid: Es muss sichergestellt werden, dass Jutti Adler in den Kultusvorstand kommt.
Die Jüdische Einheit ist schon lange keine Einheit mehr. Das ohnedies von Anfang an sehr inhomogene Team um den früheren Präsidenten Paul Grosz zerfiel am Streit um den Untersuchungsbericht über das Maimonides-Zentrum, den Martin Engelberg als Leiter der Kontrollkommission der IKG mit unabhängigen Gutachtern erstellt hatte. Engelbergs Parteikollegen Alexander Friedman und Paul Grosz sahen sich mit den Schlussfolgerungen des Untersuchungsberichts konfrontiert. Sie hatten die im Bericht aufgezeigten Missstände im Maimonides-Zentrum mitzuverantworten und lehnten den Bericht daher ab, was den Zerfallsprozess der Einheit auslöste. Engelberg kandidiert nicht mehr, auch Berta Pixner und Shimon Panzer ziehen sich zurück. Kolportiert wird, dass Ehrenpräsident Paul Grosz wieder kandidieren wird. Weitere Kernpersonen: Alexander Friedman, Ilan Knapp und Patricia Kahane.
Auch bei den Sefardim – Bucharische Liste ist einiges in Bewegung: Laut einem Beschluss des Vereins werden nicht mehr beide Kernfiguren, Bohor Alaev und Uri Gilkarov, an wählbarer Stelle stehen. Man kann davon ausgehen, dass Uri Gilkarov nicht mehr im Kultusvorstand vertreten sein wird.
Eine zweite Bucharische Liste wie 1998 Anachnu Bucharim unter Slava Jakubov ist möglich. Auch eine eigene Georgische Liste ist diesmal ziemlich sicher, wobei vermutlich Eteri Oneli nicht mehr dabei sein wird.
Eine eigene Liste der Kaukasischen Juden ist denkbar. Deren Vertreter, Rafi Hizgilov, kandidierte bisher bei Atid. In der Zwischenzeit hat sich allerdings Unzufriedenheit breit gemacht, da diese Gruppierung ihre Forderungen nicht erfüllt sieht. Daraus resultieren jetzt deutliche Autonomiebestrebungen
Bei der Misrachi ist die Paarung Grünberger/Gang als Kultusvorstände fraglich. Nechamja Gang gilt als Fixstarter. Als heißer Tipp für den zweiten Kandidaten gilt Leon Lefkovits. Janki Grünberger – inzwischen stolzer Vater von Zwillingen – muss sein Studium beenden.
Bei Khal haben sich die früheren prominenten „front runner“, Tommy Moskovits und Robert Liska – beide wurden auch immer wieder als Präsidentschaftskandidaten gehandelt – zurückgezogen. Sie werden nicht mehr antreten. Als Kandidaten gelten Raimund Fastenbauer und Richard Goldberger.
Beim Bund darf man eine Verlängerung des Dream-Teams, Renate Erbst und Ernstl Stern erwarten, die sich bereits bestens mit Atid eingespielt haben.
Die Jüdische Allianz – Cherut – Liste Bittman wird nicht mehr kandidieren.
Bei Machsike wird vermutlich Mordechai Mandel wieder kandidieren.
Überschaubarer wird damit also die Situation auch bei dieser Wahl nicht, es bleibt durch die Fülle an Kandidaten beim Family-Business.

„Ich bin kein Politiker“

| Im November legt die von der Regierung eingesetzte Historikerkommission ihren Endbericht vor. Verwaltungsgerichtspräsident Clemens Jabloner, Vorsitzender der Kommission, sprach mit NU über seine Arbeit und seinen eigenen jüdischen Hintergrund. |

Von Alexia Wernegger

Groß und weitläufig, fast imperial ist das Büro, von dem aus der Jurist Clemens Jabloner die Geschicke des Verwaltungsgerichtshofes lenkt. Der Schreibtisch, eine kleine Sitzgruppe – dazwischen viel, viel leerer Raum, horizontal wie vertikal. Auf dem Tisch steht eine weiße Schale in Form eines Magen David. Leicht könnte man sie übersehen in dieser stolzen k. u. k. Pracht, angesiedelt am Wiener Judenplatz.

Der breiten Öffentlichkeit ist kaum bekannt, dass der Verwaltungsgerichtshofpräsident und Vorsitzende der Historikerkommission jüdischer Herkunft ist. „Ich habe aus meiner Religion nie ein Geheimnis gemacht, sie aber auch nicht besonders nach außen thematisiert“, erzählt Jabloner im Gespräch mit NU. „Ich bin Mitglied der Israelitischen Kultusgemeinde und fühle mich als Jude. Aber ich muss dazu sagen, dass ich meiner Natur nach kein ausgeprägt religiöser Mensch bin.“

1998, als ihn Bundeskanzler Viktor Klima bat, den Vorsitz in der Historikerkommission zu übernehmen, „habe ich den Umstand meiner Herkunft geltend gemacht und gebeten, dass man das in Hinblick darauf noch einmal über-

denkt. Man ist aber bei den Auftraggebern bei dieser Idee geblieben". Doch es blieb damals bei einem Anwurf im niederösterreichischen „Freiheitlichen Gemeindekurier"– dieser sei aber „von einer so untergeordneten Stelle der Freiheitlichen Partei" gekommen, dass er ihm keine Bedeutung beigemessen habe. Jabloner: „So etwas ärgert einen zwar immer, aber ich habe es mir nicht zu Herzen genommen."

Was bedeutet es nun aber, gerade als Jude die Arbeit dieser für die Aufarbeitung der NS-Geschichte so wichtigen Kommission vorzustehen? „Ich sehe den Vorteil, dass ich mich in verschiedene Mentalitäten ganz gut einfühlen kann. Ich bin ein österreichischer Beamter und kenne daher die Denkweise der österreichischen Bürokratie sehr gut und ich kenne auch die Opferperspektive sehr gut. Da ist eine gewisse Sensibilität da. Und ich glaube auch nicht, dass ich deswegen parteilich wäre, denn wenn ich für etwas stehe, ist es ein methodisch sauberes Vorgehen der Kommission, und das ist auch gewährleistet."

Gerade methodisch habe er „sehr viel gelernt" in den vergangenen Jahren. „Ich habe gelernt, wie Geschichtswissenschaften vorgehen und da ich an methodischen Fragen sehr interessiert bin, ist das für mich sehr wichtig. Was mir auch sehr wichtig ist: die Bekanntschaft von äußerst interessanten und gescheiten Leuten gemacht zu haben – ich meine die Mitglieder der Historikerkommission, das Sekretariat der Historikerkommission, mit denen ich vielleicht sonst nicht so in Kontakt gekommen wäre."

Die Arbeit selbst habe „sicher dazu geführt, dass ich mir Verschiedenes neu oder Verschiedenes überhaupt zum ersten Mal überlegt habe, was mir bisher nicht klar gewesen ist. Ich habe mich eigentlich nie sehr spezifisch mit diesem Thema beschäftigt, sondern es war Teil meiner Herkunft und die Geschichte meiner Eltern, aber es ist nicht so thematisiert worden, wie man eigentlich glauben könnte. Also ich habe die Grundzüge des Problems gewusst und ich habe während der Arbeit die Dimension gesehen, die ich vorher nicht gesehen habe, vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht." Dann eine persönliche Anmerkung: „Und ich habe auch gesehen, dass meine Familie im engeren Bereich relativ gut davongekommen ist."

Ein Anstoß, sich mit der Familiengeschichte etwas näher zu befassen? „Nein, das hat mich nie besonders interessiert. Ich nehme an, dass meine Vorfahren brave durchschnittliche Leute gewesen sind. Es werden sich darunter wahrscheinlich keine Genies und keine Verbrecher finden. Das Thema als solches ist aber für mich nicht so relevant, dass ich jetzt sozusagen nach meinen ‚roots' suchen würde. Das Problem habe ich nicht. Ich brauche das auch nicht. Aber ich habe doch die Lebensgeschichte meiner Eltern und des jüngeren Familienkreises besser reflektiert."

Nachdenklich wird Jabloner bei der Frage, ob es Momente gegeben habe, in denen er mit Fakten konfrontiert worden sei, die ihn erschüttert hätten. „Die ganze Tätigkeit berührt mich emotional sehr. Etwa die Komplexität der nationalsozialistischen Maschinerie. Dass alles eingesetzt wurde – von der ausgeklügelten Technik des Vermögensentzuges bis zur blan-

ken Gewaltausübung. Wie differenziert das war. Und dass der Nationalsozialismus eben auch ein System der Wirtschaftskriminalität gewesen ist, in einem ungeheuerlichen Ausmaß. Und erschütternd ist eigentlich die Selbstverständlichkeit, mit der das gemacht wurde."

Es sei diese Selbstverständlichkeit der Leute gewesen, „die mitgespielt haben und die, wenn ihnen ein System eine Möglichkeit gibt, diese Möglichkeit nutzen", die besonders befremdlich sei. „Viele, nicht alle, aber viele haben sie benutzt, ohne sich besonderen Skrupeln hinzugeben." Das sei über Mitläufertum hinausgegangen und „wirft – abgesehen von den österreichischen Besonderheiten – halt überhaupt ein ungünstiges Licht auf die Menschen insgesamt. Das zeigt, wie dünn die zivilisatorische Decke eigentlich ist".

Spät, aber doch wurde Anfang 2001 ein Entschädigungspaket für die Opfer der „Arisierungen" der Nationalsozialisten geschnürt. Ein Ergebnis der Arbeit der Kommission oder eine Antwort auf die Sammelklagen aus den USA will ich von Jabloner wissen. „Das ging Hand in Hand. Da war die Arbeit der Kommission, wodurch in der Anfangsphase an sich bekannte Probleme wie die Zwangsarbeiterentschädigung und die entzogenen Mietrechte sozusagen noch einmal mit Stempel offiziell präsentiert wurden. Das war ganz wesentlich. Und dann sicher der Druck auf die österreichische Wirtschaft und sicher das Engagement des Bundeskanzlers. Das ist objektiv jetzt zu sagen."

Bedauern drückt der Vorsitzende der Historikerkommission über die beiden immer noch in den USA gegen Österreich anhängigen Klagen aus. Diese könnten die Auszahlungstätigkeit des Allgemeinen Entschädigungsfonds behindern, sollten sie nach Ablauf der Antragsfrist noch immer aktuell sein. „Ich glaube, diese Klagen aufrechtzuerhalten ist nicht klug, weil ich denke, dass es wichtig wäre, die ganze Sache in Gang zu setzen. Angesichts des Alters mancher Betroffener sollte man nicht länger zuwarten. Und ich kann mir auch nicht vorstellen, dass die Punkte, die jetzt noch offen sind zwischen der Kultusgemeinde und der Regierung, so groß sind, dass das nicht mit Einsehen von beiden Seiten überbrückbar wäre. Es ist ja nach dem Entschädigungspaket noch etwas ge-

schehen – die Einigung mit den Ländern über das Gemeindevermögen war sicher ein großer Erfolg für Präsident Muzicant."

„Ich glaube aber auch, dass man den Druck auf die Republik Österreich und die österreichische Wirtschaft, der von diesen Klagen ausgeht, nicht überschätzen darf. Das Thema ist jetzt international wieder ein bisserl in den Hintergrund getreten. Es soll auch nicht eine Einstellung dann aufkommen in Österreich, das steh' ma jetzt durch."

An der Öffentlichkeit sicher nicht spurlos vorbeigehen wird der Endbericht der Historikerkommission. Nach einem rund viertausendseitigen Zwischenbericht, den Jabloner und sein Team Anfang des Sommers vorlegten (siehe Kasten), rechnet Jabloner bis Jahresende mit insgesamt 15.000 bis 20.000 Manuskriptseiten. Globalbilanz darf dabei keine erwartet werden. Schon zu Beginn der Arbeit habe man vermutet, „dass eine buchhalterische Aufarbeitung nicht möglich ist". Nun ist es Gewissheit. Immer wieder sei von beiden Seiten versucht worden, mit Zahlen zu operieren. „Seriöserweise ist das gesamthaft nicht möglich. Es wird vielleicht gelingen, das für einige Teilbereiche zu machen, aber dabei gibt es eine Menge methodischer Schwierigkeiten, zum Teil auch die lückenhafte Information."

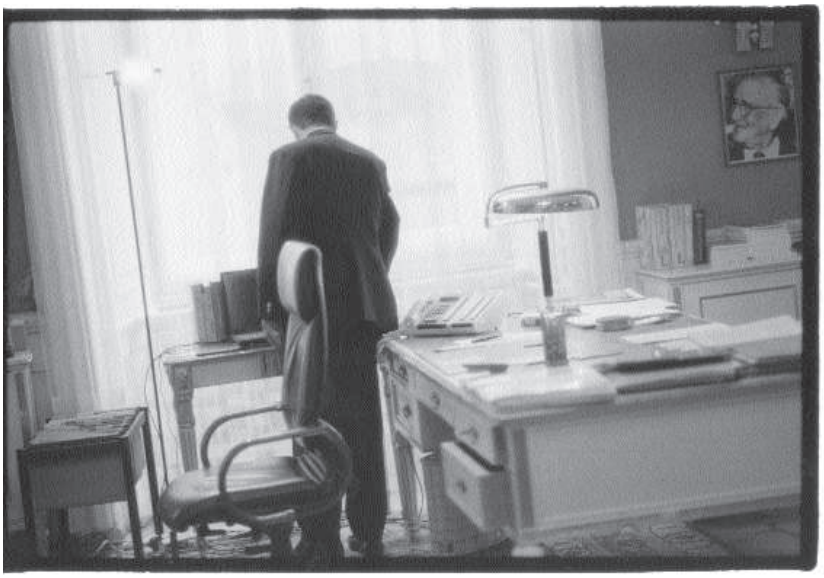
Diese Lückenhaftigkeit habe übrigens nichts damit zu tun, dass die Arbeit der Kommission in irgendeiner Weise behindert worden wäre. Die Historikerkommission sei „eigentlich in einem sehr breiten Ausmaß unterstützt worden. Man kann nicht sagen, dass ihre Tätigkeit irgendwie obstruiert wurde. Da ist eine neue Generation auf den Plan getreten, die jetzt eine ganz andere Haltung einnimmt". Besonders hebt Jabloner dabei „die wichtigen Beamten im Außenministerium" hervor. „Das ist eine Generationsfrage, das ist aber auch eine Frage von Nachwirkungen. Die beginnen mit den Waldheimjahren, münden dann in eine modifizierte Haltung des offiziellen Österreich ein und setzen sich fort. Da findet man schon eine Linie. Was nicht heißt, dass sich jetzt, generell gesprochen, an den Vorurteilen und an der Bewusstseinslage sehr vieler Österreicher etwas geändert hätte."

Zwei Kreise will Jabloner allerdings dann doch ausnehmen: die Universitäten und die Kirchen. Das seien „zwei Faktoren in einer großen personellen Ausstrahlung", die jetzt ganz anders seien als in der Zwischenkriegszeit. „Das halte ich überhaupt für einen wesentlichen Unterschied zwischen der Ersten und der Zweiten Republik", so Jabloner.

Zu Jahresende wird die Historikerkommission ihre Arbeit beendet haben. Zeit für neue wissenschaftliche Projekte? Er sei Geschäftsführer des Hans-Kelsen-Instituts, sagt Jabloner, „und die dortige Tätigkeit ist mir sehr wichtig". Konkretes Projekt habe er derzeit aber keines in Aussicht. „Wenn die Historikerkommission fertig ist, muss ich meine Energie hauptsächlich einmal dem Verwaltungsgerichtshof zuwenden, wo man die Dinge immer noch besser machen kann. Ich möchte hier vor allem die Strukturprobleme der Verwaltungsgerichtsbarkeit lösen, das ist eigentlich meine wichtigste Aufgabe. Diesen permanent überlasteten Gerichtshof, den möchte ich besser dastehend sehen, weil das die Leute, die hier arbeiten, auch verdienen."

Damit werde er möglicherweise scheitern, „weil man da ansetzen muss auf einer Verfassungsebene, und das hat man nicht einmal zusammengebracht in den Zeiten, in denen Verfassungsmehrheiten einfach zu erzielen waren. Ich will aber nicht als der Präsident in die Geschichte eingehen, zu dessen Zeit diese bereits 125 Jahre alte Institution verfallen ist."

Das Amt des Verwaltungsgerichtshofpräsidenten hat der heute 53-Jährige 1993 angetreten. Seine Ernennung war damals nicht ganz unumstritten – auf Grund seiner SPÖ-Nähe



kam der Vorwurf einer Proporzbesetzung. Trotzdem sagt Jabloner: „Ich kann sagen, dass man mir ganz überwiegend freundlich gegenübergestanden ist. Und wenn man zeigt, wie man's macht, wer man ist, wie man arbeitet, nach innen und außen, hat das eine gewisse Überzeugungskraft."

Dass er sich als Sozialdemokrat sieht, verleugnet Jabloner nicht. Er hält aber fest: „Ich bin kein Politiker. Ich habe eine bestimmte politische Gesinnung, das fließt aber nicht in meine Tätigkeit ein, kann gar nicht einfließen. Und ich nehme auch nicht Teil an der Willensbildung der SPÖ."

Schmunzelnd reagiert Jabloner, wenn man ihn mit den medialen Ministerlisten der potenziellen SPÖ-ÖVP-Regierung dieser Legislaturperiode konfrontiert. Bei den schließlich gescheiterten großkoalitionären Regierungsverhandlungen von 1999 soll sein Name nämlich als Kandidat für das Amt des Justizministers gefallen sein. „Mit mir hat keiner je geredet und ich hätte auch keine Ambition. Ich bin kein Politiker und ich strebe auch kein politisches Amt an."

Dafür ist Jabloner Familienmensch (er hat drei Kinder) und Liebhaber der schönen Künste. Besonders angetan haben es ihm die Opern Janáčeks und die Literatur. Vielfältig wie seine Arbeitsbereiche gestaltete sich heuer auch Jabloners Urlaubslektüre: eine Mischung aus Balthasar Gracian, Franz Nabl und dem Cyberpunk-Autor Neal Stephenson. ■

info

20.000 Seiten Historikerbericht: Ein erster Überblick

„Vorbildlich hat sich die Republik Österreich nicht verhalten. Gut hat sie sich auch nicht verhalten." – Die Zwischenbilanz des Vorsitzenden der Österreichischen Historikerkommission, Clemens Jabloner, fällt deutlich aus. Berichte im Umfang von 4.000 Seiten präsentierte das Historikerteam zu Sommerbeginn – rund ein Fünftel dessen, was der Öffentlichkeit im November dann als Gesamtbilanz vorgelegt werden soll. Die Stoßrichtung ist bereits jetzt klar: Die Republik Österreich hat den NS-Opfern den Zugang zu Gerechtigkeit und Entschädigung nicht leicht gemacht.

Eines vorweg: Eine Globalbilanz – und damit die vielseits so sehnsüchtig erwartete Gesamtschadenszahl – wird es nicht geben. Das machte das Historikerteam bereits mehrmals klar. Aufgearbeitet wurde das Thema vielmehr in seinen verschiedenen Details. Bereits seit längerem bekannt sind die Berichte zu NS-Zwangsarbeitern sowie zu entzogenen Mietrechten. In beiden Fällen hat die Regierung inzwischen für Entschädigungsmodelle gesorgt. Ehemalige Zwangs- und Sklavenarbeiter werden aus dem „Versöhnungsfonds" entschädigt. Für entzogene Mietwohnungen wird vom Nationalfonds eine pauschalierte Abgeltung in Höhe von 7.000 US-Dollar ausbezahlt.

Abgeschlossen sind die Arbeiten inzwischen auch in den Bereichen „Staatsbürgerschaft" und „Staatsvertrag" sowie über die juristischen Aspekte der Rückstellung. Diese Berichte präsentierte die Kommission Anfang Juli. Der für November geplante Endbericht soll dann u. a. auch die Situation der Roma und Sinti, Rückstellungen bei Vereinen, bei Unternehmen, der katholischen Kirche und der Israelitischen Kultusgemeinde (IKG) sowie die Handhabung des Steuerrechts und den Umgang mit Homosexuellen und politisch Verfolgten beleuchten.

Die vorliegende Analyse des Rückstellungswesens ergab: dieses „ist ein unübersichtliches, teilweise widersprüchliches Geflecht aus einer Vielzahl von Gesetzen und Verordnungen, von widerstrebenden Interessen der politischen Parteien, der Wirtschaftsverbände, der Opferorganisationen und der Alliierten." Als Hauptproblem ortet die Historikerkommission hier die österreichische Haltung, als Opfer des nationalsozialistischen Deutschland keine Mitverantwortung für die NS-Verbrechen und deren Konsequenzen zu übernehmen. Nur auf Druck der Alliierten sei überhaupt etwas unternommen worden.

1946 entschied man sich zunächst für das Prinzip der Naturalrestitution. Zurückgegeben wurde nur, was vorhanden war. Entschädigungs- bzw. Schadensersatzzahlungen wurden keine geleistet. Ein Durchbrechen dieses Prinzips brachte erst 1955 der Staatsvertrag. Allerdings wurden auch dann die Opfer bei Rückstellungsverfahren weitgehend in die Rolle der Kläger, Antragsteller und Beschwerdeführer gedrängt.

Das 1. Rückstellungsgesetz wurde im Juli 1946 beschlossen. Dieses erfasste Vermögen, die durch hoheitliches Handeln entzogen worden waren. Das 2. Rückstellungsgesetz von Februar 1947 normierte die Rückübertragung der auf Grund des Nationalsozialisten- oder Kriegsverbrechergesetzes an die Republik gefallenen entzogenen Vermögens. Zentral für die Opfer war aber erst das 3. Rückstellungsgesetz, das ebenfalls im Februar 1947 beschlossen wurde. Mit diesem wurde die gesetzliche Grundlage für die Rückforderung von Vermögensgegenständen geschaffen.

Als Manko stellte sich dabei jedoch die vorgesehene beschränkte Erbfolge heraus. Dadurch wollte man „Rückstellungsgewinnler" verhindern. Von 1947 bis 1949 folgten vier weitere Gesetze, die Bereiche wie Marken- und Patentrechte bis hin zum Problem gelöschter oder geänderter Firmennamen betrafen. Damit kam man insgesamt auf sieben Rückstellungsgesetze. Diese erfüllten nach Ansicht der Historiker „zwar insgesamt durchaus den beabsichtigten Zweck – die Rückstellung des entzogenen Vermögens. Schwierigkeiten ergaben sich aber in der Rechtssprechung der Rückstellungskommissionen, die in Fällen des 3. Rückstellungsgesetzes zu entscheiden hatten". In der Frühphase – bis 1948 – habe die Justiz noch dazu tendiert, die gesetzlichen Vorgaben zu Gunsten der Rückstellungswerber auszulegen. Ab den frühen fünfziger Jahren sei dann eine zunehmend restriktive Haltung gegenüber den NS-Opfern festzustellen, so die Historikerkommission.

Wenig glorreich liest sich auch der Teilbericht zum Thema Staatsbürgerschaft. Erst 1993 sei ein Zustand hergestellt worden, „der als einigermaßen zufriedenstellend zu beurteilen ist", meinen die Historiker. Das „Grundmuster" der Nachkriegspolitik sei gewesen, verbunden mit einer formalen Gleichstellung aller Personen strukturbedingt negative Aspekte für vertriebene Juden in Kauf zu nehmen. Der Auslöser des Problems war, dass die Nationalsozialisten Juden die Staatsbürgerschaft aberkannten – zunächst einzeln und per Bescheid, ab 1941 dann kollektiv über eine Verordnung.

Die Staatsbürgerschaftsüberleitung 1945 knüpfte dann aber an den 13. März 1938 an und fingierte die Weitergeltung des österreichischen Staatsbürgerschaftsgesetzes von 1925. Das bedeutete, dass nur jene Vertriebenen, die am 13. März 1938 österreichische Staatsbürger gewesen waren und in der Zeit zwischen 1938 und 1945 nicht eine fremde Staatsbürgerschaft angenommen hatten, am 27. April 1945 als Österreicher galten. Alle, die inzwischen eine andere Nationalität angenommen hatten, erhielten die österreichische Staatsbürgerschaft nicht mehr.

Anders war man in Deutschland vorgegangen. Dort wurde im Grundgesetz festgehalten, dass alle Vertriebenen und all deren Nachfahren automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten. In Österreich wird erst seit 1993 von den ehemaligen Staatsbürgern nicht mehr die Aufgabe einer fremden Staatsangehörigkeit gefordert und auch die Voraussetzung einer Wohnsitzbegründung, also in Österreich zu wohnen, wurde fallen gelassen.

Die unzureichende Regelung des Staatsbürgerschaftswesens wirkte sich vor allem dort aus, wo die österreichische Staatsbürgerschaft Voraussetzung für Entschädigungsmaßnahmen war, etwa bei der Opferfürsorge. Erst seit vergangenem März können auch im Ausland lebende Betroffene Pflegegeld aller Stufen beziehen. Diese Sozialmaßnahme ist Teil des im Jänner 2001 in Washington geschnürten Entschädigungspakets.

Die Historikerkommission wurde 1998 eingesetzt, um den gesamten Komplex Vermögensentzug auf dem Gebiet der Republik Österreich während des Nationalsozialismus sowie Rückstellungen bzw. Entschädigungen Österreichs ab 1945 zu erforschen und darüber zu berichten. Die nun vorgelegten Zwischenberichte sind im Volltext auf der Homepage der Kommission unter http://www.historikerkommission.gv.at abrufbar. Der Endbericht wird bis Jahresende vorgelegt.

Zeitzeuge Menasse in „seiner" Schule: „Eigentlich wollte ich nur wissen, ob die Schule nach 1939 nach Dunstable evakuiert wurde."

Reise nach England

*| 1938 kommt Hans Menasse als Achtjähriger per Kindertransport nach Südengland. 64 Jahre später wagt er erstmals die Reise zurück. NU-Redakteurin **Eva Menasse** begleitete ihren Vater auf seiner Reise in die Vergangenheit. |*

Mein Vater war ein Kindertransport-Kind. Wie es dazu kam, ist heute nicht mehr genau herauszufinden, mein Onkel, der ältere der beiden Brüder, erinnert sich vor allem an monatelanges, verzweifeltes Schlangestehen vor Wiener Konsulaten, mit dem er und sein Vater, mein Großvater, gleich nach dem „Anschluss" begannen, also viel zu spät. Ihr Schlangestehen war vergeblich, wie bei so vielen anderen. Meine Großeltern waren eher arm als reich, sie hatten auch keine Verwandten in der zivilisierten Welt, die Affidavits schicken konnten. Ende 1938 kam die Zusage für den Kindertransport, immerhin. Meine Großeltern beschlossen, die Kinder in Sicherheit zu schicken, wenn sie schon nicht alle gemeinsam flüchten konnten.

Mein Vater konnte kein Wort Englisch, als er mit acht Jahren in London ankam. Sein erstes Heim war „39 Christchurch Avenue", ein Haus, gestiftet von einem reichen jüdischen Geschäftsmann, in dem ein knappes Dutzend jüdischer Kinder aus Deutschland und Österreich aufgenommen wurde. „EnDoubleyouSix,ThirtynineChristchurchAvenue" – bis heute sagt mein Vater diese Adresse auf wie ein Gedicht. Wahrscheinlich hat er sie damals auswendig lernen müssen, für den Fall, dass er, der kleine Ausländer, sich eines Tages verirrte.

Wir fuhren nach London, 64 Jahre später. Natürlich war mein Vater inzwischen viele Male in England gewesen, hatte bis zu deren Tod auch regelmäßig seine Pflegeeltern besucht,

bei denen er, nach einer mehrmonatigen Odyssee, schließlich untergekommen und in sicherer und liebevoller Umgebung aufgewachsen war. Aber in der Christchurch Avenue war er nie mehr gewesen, seit jenem Tag zu Kriegsbeginn 1939, an dem alle Londoner Schulkinder aus der Hauptstadt aufs Land evakuiert worden waren.

Auf unserem Touristen-Stadtplan war der Stadtteil Kilburn nicht eingezeichnet. Dem U-Bahn-Plan war zu entnehmen, dass es eine Station namens „Kilburn" gibt, „steigen wir eine später aus", schlug mein Vater vor, „Kilburn ist groß". Sein Instinkt war gut. Wir stiegen irgendwo aus, standen auf irgendeiner Straße, er sagte „ich glaube, diese Richtung". Auf diese Weise fanden wir die Christchurch Avenue. Ich hatte mir unter seinem ersten Londoner Heim etwas Großstädtisches vorgestellt, ein großes Haus, wie eine Schule, davor tobenden Verkehr, rote Busse. Aber die Christchurch Avenue liegt in einem stillen Wohnviertel, ist schmal und baumbestanden, und die Nummer 39 ist genauso ein seltsames kleines einstöckiges Reihenhaus mit einem winzigen Vorgarten wie alle anderen Häuser in der Straße auch, wie die meisten Häuser, aus denen London eigentlich besteht. Zur Zeit ist Nummer 39 offenbar unbewohnt. „Stell dich mal davor", sagte ich, „dann mach ich ein Foto". Mein Vater stand also vor dem Eingang von 39, gleich neben den Mistkübeln, kein Auto fuhr vorbei, kein Mensch war zu sehen. Er lächelte in die Kamera. „Das ist jetzt schon ein emotioneller Moment", sagte er, „64 Jahre später."

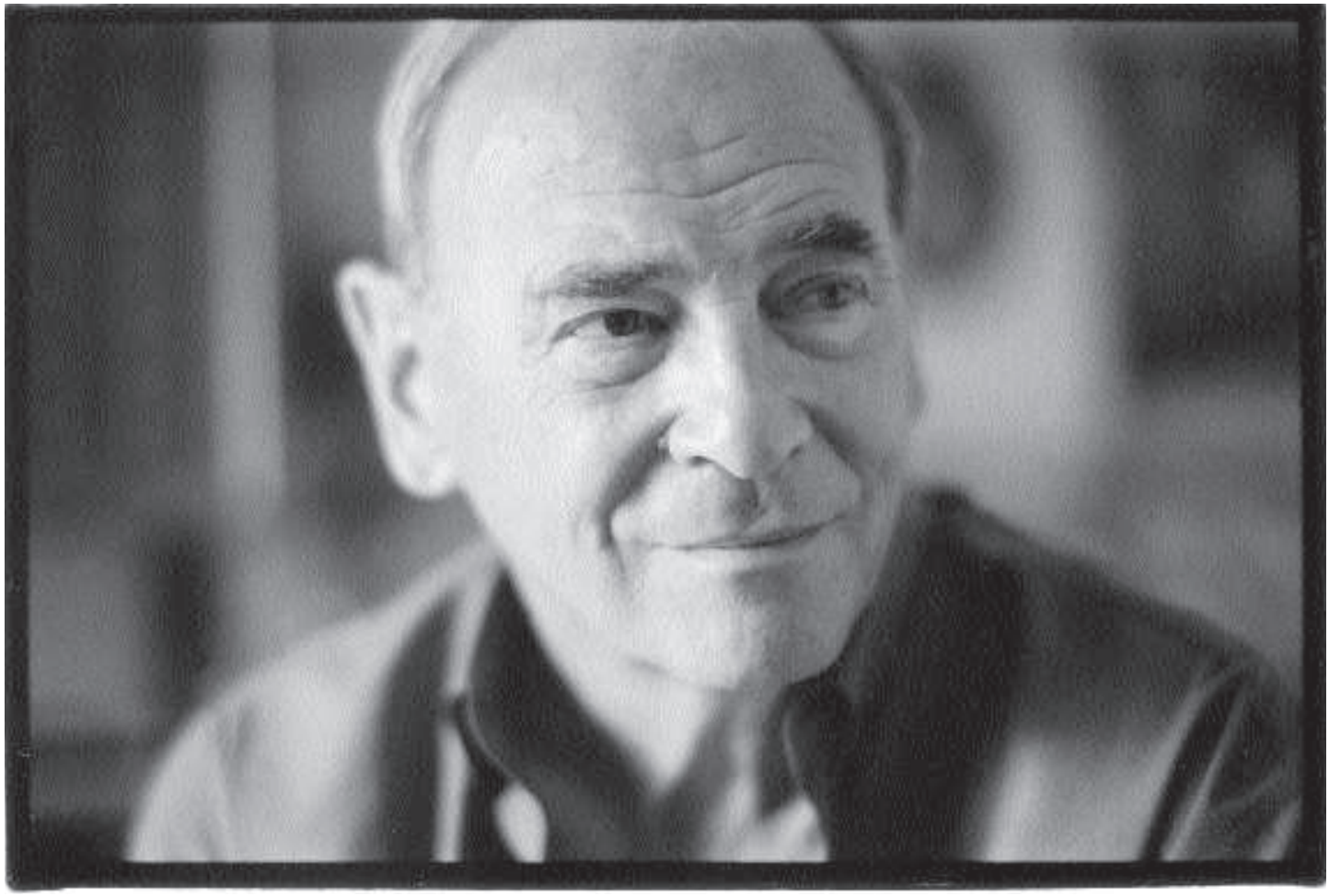
„Und sonst?", fragte ich, „erinnerst du dich an irgendetwas?" „Da unten, auf der nächsten großen Querstraße, war ein Kino", sagte er und zeigte die Straße hinunter. „Und in die Schule sind wir raufgegangen, dann die erste oder zweite links, dann war auf der linken Seite die Schule." „Gehen wir doch so und schauen, ob wir eine Schule finden", schlug ich vor. Wir gingen die erste links und trafen nach 500 Metern auf die „Christchurch Primary School". „Das muss sie doch sein?", fragte ich, begeistert von so haltbarer Erinnerung. Mein Vater war unsicher. „Es ist so lange her." Er beschloss, in der Schule zu fragen. Die Sekretärin starrte ungläubig, als mein Vater vor ihr stand und ihr höflich mitteilte, dass er glaube, vor 64 Jahren hier Schüler gewesen zu sein. Ein jüdisches Flüchtlingskind aus Österreich, kurz

Foto: privat

Foto: privat

Arsenal-Fan Menasse (oben),
mit Tocher Eva (unten):
„Das ist jetzt schon ein emotioneller Moment."

vor Kriegsbeginn. „Please wait here", sagte sie und rannte weg. Als sie wiederkam, noch immer im Laufschritt, rannte hinter ihr der Schuldirektor. Er bat uns in sein Büro. Er saß da, einen Block auf den Knien, und schrieb alles auf, was mein Vater erzählte. Weil er aufmerksam sein und seine Deutschkenntnisse unter Beweis stellen wollte, sagte er ständig „Herr Mister Menasse" zu ihm. Mein Vater amüsierte sich. „Eigentlich wollte ich nur wissen, ob diese Schule 1939 nach Dunstable evakuiert wurde", sagte mein Vater. Doch das konnte der Direktor nicht beantworten, die Akten jener Zeit sind irgendwo archiviert. Er bat „Herr Mister Menasse", mit ihm in die oberste Klasse zu kommen und seine Geschichte den Schülern zu erzählen. Eine halbe Stunde, nachdem wir an der Schule geläutet hatten, war mein Vater also Stand-up-Zeitzeuge, stand, immer noch im Mantel, vor einer Klasse Elfjähriger in grünen Schuluniformen. Die englischen Elfjährigen hatten in den Wochen davor gerade begonnen, vom Zweiten Weltkrieg zu lernen, natürlich aus englischer Sicht.



Erinnernungen an die Rückkehr aus dem Exil: „Natürlich war es für meinen Vater komisch, wenn einer nach neun Jahren, beinahe erwachsen, Eltern gegenübersteht, an die er sich nur mehr vage erinnert und mit denen er nicht einmal sprechen kann …"

Als Anschauungsmaterial hingen an der Rückwand des Klassenzimmers eine Gasmaske, außerdem die Plakate, die über den Gebrauch der Masken informierten, und Fotos von den Bombenschäden. Vom Massenmord an den Juden wussten die Kinder noch nichts. Sie staunten, als mein Vater ihnen sagte, wie viele Juden vor 1938 in Wien gelebt hatten und dass es 1945 nur noch ein paar hundert gab. Der Direktor schrieb die Zahlen an die Tafel und wiederholte sie mehrmals. Fast schien er selbst aufs Neue schockiert. Dann durften die Kinder Fragen stellen. Sie fragten klug, ihren kindlichen Interessen gemäß.

- „Haben Sie noch Freunde in England?"
- „Leben Ihre Pflegeeltern noch?"
- „War es nicht komisch, nach so langer Zeit Ihre Eltern wiederzusehen?"

Die Frage ist für meinen Vater seit jeher schwer zu beantworten. Natürlich war es „komisch" (die kleine Fragestellerin sagte „awkward"). Genauer als mit „komisch" ist es wahrscheinlich nicht zu beschreiben, wenn einer nach neun Jahren, beinahe erwachsen, Eltern gegenübersteht, an die er sich nur noch vage erinnert und mit denen er nicht einmal sprechen kann. Es beeindruckte die englischen Elfjährigen besonders, dass mein Vater bei seiner Rückkehr kein Wort Deutsch mehr verstand. Das konnten sich die Kinder gut vorstellen als etwas Schreckliches: Erst kommt man nach England und kann kein Englisch, dann geht man zurück und hat das Deutsch vergessen. – „Ein besonderer Augenblick für uns alle", sagte der Direktor zum Abschied. Mein Vater grinste schüchtern. „Mach noch ein Foto von den Kindern", bat er mich.

Am nächsten Tag fuhren wir nach Dunstable. Da sah ich das kleine, ärmliche Haus von Uncle Tom und Aunt Flossie, das Haus, in dem mein Vater aufgewachsen ist. Er war nach seiner Heimkehr noch mehrmals in Dunstable, immer im Abstand von einigen Jahren. Als er das letzte Mal Uncle Tom lebend antraf, gingen sie zusammen ins Pub. „This is my son", sagte stolz Tom, als er meinen Vater seinen Bekannten vorstellte. Die Cooks hatten selbst keine Kinder.

Bis zu ihrem Tod in den achtziger Jahren riss die Verbindung zu ihrem ehemaligen Pflegekind in Österreich nie ganz ab. Ich erinnere mich an ihre Briefe, die zu Weihnachten kamen, und ich glaube, dass mein Vater ihnen manchmal Bilder von uns Kindern geschickt hat.

Sein Pflegevater, Tom Cook, war ein einfacher Mann. Er arbeitete in der nahegelegenen Druckerei als Hilfsarbeiter. Sein einziges Hobby war Darts. Er schoss leidenschaftlich mit den kleinen Pfeilen und nahm sogar an Turnieren teil. Ein einziges Mal gewann er ein wirklich wichtiges Turnier und bekam einen Pokal dafür. Dieser Pokal war sein ganzer Stolz. Er stand im living room an prominenter Stelle. Als mein Vater 1947 nach Österreich zurückkehrte, als er zum zweiten Mal ein ganzes geordnetes Leben hinter sich ließ, schenkte ihm sein Pflegevater, zum Abschied und als Andenken, diesen Darts-Pokal, das Wertvollste, was er besaß. Mein Vater hatte bei seiner Abreise nur einen Seesack. Man hatte die Rückkehrer aufgefordert, das Gepäck möglichst gering zu halten. In diesem Seesack hat mein Vater im Jahr 1947 Tom Cooks Pokal von Dunstable nach Wien transportiert. Er besitzt ihn noch immer.

Auf unserer Reise hat mein Vater den Wunsch geäußert, das Grab der Cooks zu besuchen. Entfernte Verwandte der Cooks brachten uns zu einem „Garden of Remembrance", einem Flecken Wiese, umstanden von Rosen, mit Bänken und einem kleinen Teich. Dort kann man seine Asche verstreuen lassen. Für meinen Vater klang das ungewöhnlich. „Warum haben sie das getan?", fragte er die entfernten Verwandten. „Sie sagten, wir haben ja niemanden, keine Kinder, die zu einem Grab kommen werden." Im dazugehörigen Gedenkraum liegt unter Glas ein Jahrbuch, dessen Seiten täglich umgeblättert werden. Nach ihren Sterbedaten sind dort alle verzeichnet, die ihre Asche in diesem Garten verstreuen haben lassen. Man müsste also genau am Todestag kommen, um die Namen von Thomas und Florence Cook lesen zu können. Beim Abschied schlugen die entfernten Verwandten meinem Vater vor, beim nächsten Mal ein Treffen aller alten Schulkameraden meines Vaters zu organisieren. Viele davon lebten noch, sie würden sich bestimmt alle freuen, ihn wiederzusehen. Mein Vater tat erfreut. Als der Zug Dunstable verließ, sagte mein Vater: „Das war bestimmt das letzte Mal." ■

Stadträtin
Prim. Dr. Elisabeth
Pittermann

wünscht allen
Freunden und Bekannten ein
glückliches neues Jahr!

שנה טובה

TCN-TEICHNER
Billig telefonieren von Mobil und Festnetz!
Rufen Sie an: 01/532 93 76

Fam. Peter Teichner
wünscht allen Freunden
ein glückliches neues Jahr!

שנה טובה

SVETLANA STRASSER

Allgem. beeid. u. gerichtlich zertifizierte
Dolmetscherin für die ukrainische und
russische Sprache ✆ 0676/63 481 63

wünscht ein glückliches neues Jahr!

Strenge Regeln in Wiens Mikwen

| Drei Gruppen sind es, die heute für gewöhnlich eine Mikwe aufsuchen, um sich in diesem Bad zu reinigen: Frauen am Vorabend der Hochzeit und verheiratete Frauen nach der Geburt eines Kindes sowie der monatlichen Blutung, sehr gläubige Männer am Freitag vor dem Schabbat oder am Vorabend von Kippur und schließlich drittens Menschen, die sich zum Judentum bekehren. In Wien ist das anders. Denn keine der Mikwen öffnet ihre Türe für Giurim, also Übertritte. |

Von Alexia Wernegger

Zuletzt mussten die Betroffenen nach Budapest fahren, um dort in die Mikwe zu gehen. Das löste unter manchen Gemeindemitgliedern Erstaunen aus – ist es doch bekannt, dass die Mikwen (bzw. deren Betreiber) teils auch Subventionen aus den Mitteln der Kultusgemeinde erhalten. Vor allem die Agudat Israel erhält hohe Subventionen – und führt dafür religiöse Handlungen durch, wie eben Mikwenbetreuung oder die Aufsicht über das koschere Schlachten. Die Kultusgemeinde solle nur weiter Mittel vergeben, wenn alle religiösen Handlungen – also auch Übertritte – in Wien möglich sind, so die Kritiker des Status quo. Andernfalls wäre zu überlegen, diese Förderungen zu kürzen und eine von der Kultusgemeinde betriebene Mikwe einzurichten.

NU hat dazu mit Robert Liska gesprochen. Liska sitzt derzeit für die Khal Israel im Kultusrat. Ein Subverein dieser Fraktion ist die Agudat Israel, die die so genannte „Teichmann-Mikwe" in der Tempelgasse betreibt. Die „Teichmann-Mikwe", benannt nach Kalman Teichmann, der den Bau bei der Renovierung des Synagogengebäudes vor etwas mehr als zwanzig Jahren zum Großteil finanzierte, ist eine der beiden Wiener Mikwen, die auch Frauen offen steht. Die zweite befindet sich am Fleischmarkt. Wer nicht weiß, wonach er sucht, wird sie nicht finden. Nur das Wörtchen Bad auf einer Gegensprechanlage weist Eingeweihten den Weg. Männern steht darüber hinaus eine weitere Handvoll an Bädern offen. Gemein ist ihnen allen: Geführt werden sie von orthodoxen Vereinen bzw. Gemeinden.

Hier liegt auch der Grund, warum Giurim in diesen Bädern nicht stattfinden. Wobei Liska betont: Dahinter stecke „kein großes Mysterium" – und: „Die Geschichte ist so alt wie Methusalem." Ihren Anfang nahm sie in den sechziger Jahren, als russische Juden in Scharen in Wien Zwischenstation auf ihrem Weg nach Israel machten. Niemand wusste, wer von diesen Menschen tatsächlich – gemäß Halacha – Jude war und wer nicht, so Liska. Also bat die Jewish Agency, dass man in Wien Übertritte quasi im Schnellverfahren durchführt. In Israel sei das dann besonders in orthodoxen Kreisen stark kritisiert worden „und die Wiener Übertritte sind in Verruf gekommen". Man habe gesagt, das seien keine Übertritte gewesen, „sondern nur eine Pro-forma-Sache". „Deshalb ist man heute in Wien sehr genau, passt noch genauer auf als anderswo."

In Österreich gibt es kein Rabbinatsgericht. Daher führe zum Beispiel David Grünfeld, der Rabbiner der Aguda, auch keine Scheidungen durch, sondern schicke die Betroffenen ins Ausland, wo es entsprechende Rabbinatskollegien gebe. Für eine Scheidung brauche man ein wirklich hundertprozentig anerkanntes Rabbinat und nicht nur einen Rabbiner, betont Liska. Denn sollte die Scheidung angezweifelt werden, gebe es im Fall der Wiederverheiratung der Frau für die Kinder aus dieser Ehe „ein ungeheures Problem". Ähnliches gelte für

Fotos: A. Wernegger

Eingang der „Teichmann-Mikwe" in der Tempelgasse: Nur wenige finden den Weg zum Bad

Übertritte. In den hiesigen Mikwen keine Giurim zuzulassen bedeute „einer Sache keinen Vorschub zu leisten, die nachher den Betroffenen Probleme bereitet", betont Liska.
Grünfeld könne in der Teichmann-Mikwe einfach keinen Übertritt zulassen. „Er kann es nicht auf sich nehmen, dass es dann heißt, in einer Mikwe, die unter seiner Aufsicht steht, wurde ein Giur durchgeführt." „Und der Oberrabbiner versteht das auch", ist Liska überzeugt. Gerade deshalb versuche Oberrabbiner Paul Chaim Eisenberg andere Wege zu finden. „Er schaut drauf, dass das ordentlich gemacht wird." Budapest beispielsweise sei eine Gemeinde von 80.000 Juden. Das eröffne andere Möglichkeiten als in Wien, wo die Gemeinde 6.500 Mitglieder zähle.
Dass die Aguda von der Kultusgemeinde Mittel erhält, um u. a. das koschere Restaurant zu beaufsichtigen oder das Bad zu betreiben, bestätigt Liska. Er bestätigt auch, dass die Mittel durchaus nicht nur Peanuts seien – hält allerdings fest: Die Gesamtkosten der Aguda würden bei weitem nicht abgedeckt. Ohne die Beiträge der einigen hundert Mitglieder würde man nicht das Auslangen finden. ■

„Zum großen Jordan"

Die ersten Mikwen bestanden in Wien bereits im Mittelalter. Das Haus „Zum großen Jordan" am Judenplatz 2 wurde etwa im Jahre 1520 an der Stelle erbaut, an der sich die Mikwe des ersten Wiener Ghettos befand, das im 13. Jahrhundert unter dem Druck der Bürgerschaft errichtet wurde. Eine andere befand sich in der Kleeblattgasse.
„Die Mikwe der Agudat Israel befindet sich im Keller des Hauses der Tempelgasse 3 ... Das ‚lebendige' Wasser dieser Mikwe ist Regenwasser, das über Fallrohre, die vom Hausdach in den Keller führen, in das Tauchbecken bzw. einen Tank geleitet wird. In der Tempelgasse 5, dem angrenzenden Grundstück, befand sich bis zur ‚Reichskristallnacht' ein großer Tempel, der 1835 bis 1858 nach Plänen von L. V. Förster als Ziegelrohbau in arabischen Formen errichtet wurde."
(Nachzulesen in: Berndt Anwander: „Unterirdisches Wien. Ein Führer in den Untergrund Wiens. Die Katakomben, der Dritte Mann und vieles mehr", 2. Auflage, Wien 2000, Falter Verlag)

„Weil ich Jude war“

| Die jüdische Identität Sigmund Freuds wurde von der Forschung lange vernachlässigt. Doch seine Familiengeschichte, sein Umfeld und die ersten antijüdischen Ausschreitungen in Wien um die Jahrhundertwende beeinflussten auch das Werk Freuds. |

Von Inge Scholz-Strasser

Fotos: © Sigmund Freud Copyrights

Sigmund Freud mit Familie (um 1876)

Sigmund Freud schreibt 1926 anlässlich seines siebzigsten Geburtstags an die Mitglieder der Loge B'nai B'rith einen für seine Verhältnisse ungewöhnlich langen und sehr persönlichen Brief, der gleichsam als Motto für den folgenden Beitrag stehen kann:

„Dass Sie (die Mitglieder von B'nai B'rith) Juden sind, konnte mir nur erwünscht sein, denn ich war selbst Jude, und es war mir immer nicht nur unwürdig, sondern direkt unsinnig erschienen, es zu verleugnen. Was mich ans Judentum band, war – ich bin schuldig, es zu bekennen – nicht der Glaube, auch nicht der nationale Stolz, denn ich war immer ein Ungläubiger, bin ohne Religion erzogen worden, wenn auch nicht ohne Respekt vor den ‚ethisch' genannten Forderungen der menschlichen Kultur. Ein nationales Hochgefühl habe ich, wenn ich dazu neigte, zu unterdrücken mich bemüht, als unheilvoll und ungerecht, erschreckt durch die warnenden Beispiele der Völker, unter denen wir Juden leben. Aber es blieb genug anderes übrig, was die Anziehung des Judentums und der Juden so unwiderstehlich machte, viele dunkle Gefühlsmächte, umso gewaltiger, je weniger sie sich in Worten erfassen ließen, ebenso wie die klare Bewusstheit der inneren Identität, die Heimlichkeit der gleichen seelischen Konstruktion. Und dazu kam bald die Einsicht, dass ich nur meiner jüdischen Natur die zwei Eigenschaften verdankte, die mir auf meinem schwierigen Lebensweg unerlässlich geworden waren. Weil ich Jude war, fand ich mich frei von vielen Vorurteilen, die andere im Gebrauch ihres Intellekts beschränkten, als Jude war ich dafür vorbereitet, in die Opposition zu gehen und auf das Einvernehmen mit der ‚kompakten Majorität' zu verzichten." (Sigmund Freud: Briefe 1873–1939. Zweite, erw. Auflage. Frankfurt/Main: S. Fischer 1968, S. 381f).

Mit diesen Sätzen umreißt Freud ein brisantes Spannungsfeld, nämlich sein Verhältnis zum Judentum, das vor allem in den letzten Jahren eine Reihe von wissenschaftlichen Disziplinen beschäftigte. Drei Hauptaspekte scheinen mir dabei verfolgenswert: erstens die Betrachtung der Biografie Freuds („weil ich Jude war"). Seine expliziten Äußerungen zur jüdischen Tradition („denn ich war immer ein Ungläubiger" und „frei von vielen Vorurteilen, die andere im Gebrauch ihres Intellekts beschränkten") reflektieren seine Erfahrungen im politischen und akademischen Kontext seiner Berufslaufbahn und bilden die Grundlage für sein eigenes internalisiertes Verhältnis zu seinen religiösen und sozialhistorischen Wurzeln. Im Zusammenhang damit ist der sozialhistorische und politische Kontext, in dem Freud in Wien lebte, zu sehen, der den zweiten Bezugspunkt bildet.

Schließlich ist ein dritter wesentlicher Bezugsrahmen Freuds Thematisierung des Juden-

tums in seinem Werk, besonders die späte Auseinandersetzung Freuds mit der Figur und der Bedeutung des Moses.

„Ich bin am 6. Mai 1856 zu Freiberg in Mähren geboren, einem kleinen Städtchen der heutigen Tschechoslowakei. Meine Eltern waren Juden, auch ich bin Jude geblieben." (Sigmund Freud: Selbstdarstellung. In: Gesammelte Werke XIV. Frankfurt/Main: S. Fischer 1972, S. 34).

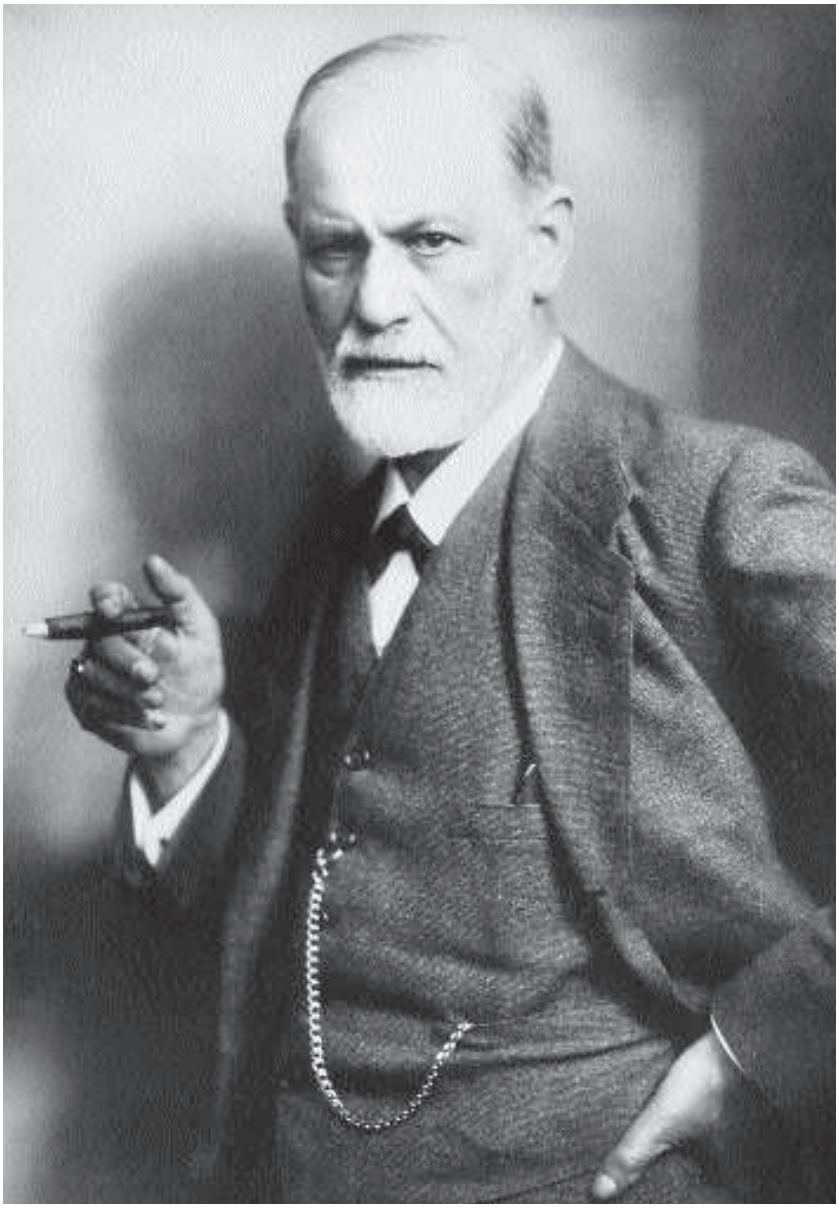
1860 kamen der Vater Jakob Freud, seine Frau Amalia und der Sohn Sigmund mit einer Welle jüdischer Zuwanderer nach Wien. Sigmund Freud zog mit seinen Eltern in den 2. Bezirk, einem traditionell jüdischen Wohnbezirk, der umgangssprachlich Mazzesinsel genannt wurde. Freud ist der älteste männliche Nachfolger in der Geschwisterreihe, auf ihn konzentrieren sich die Aufstiegs- und Erfolgswünsche der Eltern. Maßgeblich für die intellektuelle Entwicklung Freuds war sicherlich das Umfeld des Assimilationsjudentums, mit klarer Aufstiegserwartung und ambivalentem Verhältnis zur jüdischen Orthodoxie. Paradigmatisch ist dabei die Geschichte mit der Pelzmütze:

„Ich mochte zehn oder zwölf Jahre gewesen sein, als mein Vater begann, mich auf seine Spaziergänge mitzunehmen und mir in Gesprächen seine Ansichten über die Dinge dieser Welt zu eröffnen. So erzählte er mir einmal, um mir zu zeigen, in wie viel bessere Zeiten ich gekommen sei als er: Als ich ein junger Mensch war, bin ich in deinem Geburtsort am Samstag in der Straße spazieren gegangen, schön gekleidet, mit einer neuen Pelzmütze auf dem Kopf. Da kommt ein Christ daher, haut mir mit einem Schlag die Mütze in den Kot, und ruft dabei: Jud, herunter vom Trottoir! „Und was hast du getan?" Ich bin auf den Fahrweg gegangen und habe die Mütze aufgehoben, war die gelassene Antwort. Das schien mir nicht heldenhaft von dem großen starken Mann, der mich Kleinen an der Hand führte." (Sigmund Freud: Die Traumdeutung. In: Gesammelte Werke II/III. Frankfurt/Main: S. Fischer 1976, S. 202f).
Das Verhalten seines Vaters beschämte den Knaben so sehr, dass er sich den kathargischen semitischen Feldherrn Hannibal zum Lieblingshelden seiner Gymnasialzeit erkor.

Mit dieser Geschichte verweist Freud, neben vielen oft gedeuteten Aspekten, nahezu nostalgisch auf das Ritual, schön gekleidet mit einer neuen Mütze in orthodoxer Tradition am Samstag spazieren zu gehen. Sie drückt aber auch Freuds Ambivalenz gegenüber dem orthodoxen Judentum seines Vaters aus. Gleichzeitig thematisiert Freud damit die religiösen und sozialen Spannungen, die sich in solchen Gewaltakten entluden und ihn während seines Studiums in Wien in Form der heftigen antisemitischen Ausschreitungen an der Universität Wien einholten. Bereits 1877 wurden jüdische Mitglieder aus deutschnationalen Burschenschaften ausgeschlossen.

Sigmund Freud mit Vater Jakob (um 1864): „Das schien mir nicht heldenhaft von dem großen, starken Mann, der mich Kleinen an der Hand führte"

Der Hintergrund waren massive sozioökomische und soziokulturelle Wandlungen: Wien



Sigmund Freud (1914): „Weil ich Jude war, fand ich mich frei von vielen Vorurteilen, die andere im Gebrauch ihres Intellekts beschränkten."

vollzog in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts die Wandlung zur modernen Großstadt. Der groß- und kleinbürgerlich-jüdische Bevölkerungsanteil stand unter dem Druck, sich zu assimilieren, um auch wirtschaftliche Aufstiegsmöglichkeiten wahrnehmen zu können: Juden erhielten durch die Verfassung von 1867 die vollen Bürgerrechte. Nicht konvertierten Juden blieb jedoch weiterhin die höhere Beamtenlaufbahn (und damit auch eine Universitätskarriere) verschlossen, wodurch viele von ihnen sich den freien Berufen (Arzt, Jurist, Journalist) zuwandten.

In diesem Spannungsfeld positioniert sich die für Freud spezifische intellektuelle Biografie: Er lehnt jegliche religiöse Bindung ab, identifiziert sich aber gleichzeitig in kultureller und intellektueller Hinsicht mit dem Judentum:

„Die Universität, die ich 1873 bezog, brachte mir zunächst einige fühlbare Enttäuschungen. Vor allem traf mich die Zumutung, dass ich mich als minderwertig und nicht volkszugehörig fühlen sollte, weil ich Jude war. Das Erstere lehnte ich mit aller Entschiedenheit ab. Ich habe nie begriffen, warum ich mich meiner Abkunft, oder wie man zu sagen begann: Rasse, schämen sollte. Auf die mir verweigerte Volksgemeinschaft verzichtete ich ohne viel Bedauern." (Sigmund Freud: Selbstdarstellung, S. 34).

Hier formuliert sich in nucleo jene Auseinandersetzung, die Freud zeitlebens in seinem gesellschaftlichen Verhalten bestimmen wird: Er fühlt sich ausgestoßen, nicht anerkannt, zurückgewiesen. Dieser Prozess ist unauflösbar mit einem mehrfachen Paradigmenwechsel, den Freud im Laufe seiner medizinischen Ausbildung vollzog, verbunden.

Freuds wissenschaftliche Ausbildung erfolgte im Kontext einer innovations- und experimentierfreudigen naturwissenschaftlich konturierten Psychiatrie, der er zunächst verpflichtet ist. Später erkennt er – nicht zuletzt nach seinen Erfahrungen in Paris – eine völlig neue Ursachenzuschreibung psychischer Krankheiten. Er erlebt – zurückgekehrt nach Wien – wie seine Deutungsversuche als ein Verlassen des naturwissenschaftlichen Paradigmas missverstanden und abgelehnt werden.

Diese Situation, die eine der tief greifenden Krisen in der Wissenschaftsbiografie Freuds darstellt, eröffnet ihm gleichzeitig die Möglichkeit, auf eine soziale Gruppe zuzugehen, die eng mit seiner soziokulturellen Herkunft verknüpft ist: der jüdischen Loge „B'nai B'rith. In dieser Gruppe erfährt er soziale und intellektuelle Einbettung in der Zeit der akademischen Isolation. In der Folge sammelt Freud eine eigene Gruppe, die Mittwochabendgesellschaft um sich, um hier die Erweiterung, Ausformulierung und Modifikation psychoanalytischen Gedankenguts in Rede und Wechselrede zu verfolgen. So sagt er einmal in diesem Zusammenhang: „Die Psychoanalyse ist ein vorzüglich geselliges Unternehmen."

Unter den Rahmenbedingungen konstanter intellektueller Neugierde, gekoppelt mit Behinderung in der akademischen Karriere

und einer um 1900 mehr schlecht als recht gehenden Arztpraxis, erfolgt der Um- und Ausbau der psychoanalytischen Theorie sowie das Ausprobieren von unkonventionellen Therapietechniken, an deren Ende das psychoanalytische Settings in der Form der „talking cure" steht.

Die Entwicklung der individuellen und wissenschaftlichen Biografie Freuds erschließt sich aber erst vollständig unter Einbeziehung einer Schlüsselfigur des alten Testaments, des Moses: Mit „Der Mann Moses und die monotheistische Religion" (Erstausgabe bei Allert de Lange, Amsterdam 1939) versucht Freud am Ende seines Lebens noch einmal, den Identitätsbegriff im Judentum zu bündeln.
Die Figur des Moses des Michelangelo beschäftigte Freud seit seiner ersten Romreise 1901. Entgegen der biblischen Überlieferung, nach der Moses die Gesetzestafeln nach seinem Abstieg vom Berg Sinai zerschmetterte, aus Zorn darüber, dass sein Volk während seiner Abwesenheit erneut die Götzen angebetet hatte, bezähmt und überwindet der Moses des Michelangelo bei Freud seinen Zorn, indem er die Tafeln vor dem Zerbrechen schützt und sie festhält. „Damit hat er [Michelangelo] etwas Neues, Übermenschliches in die Figur des Moses gelegt, und die gewaltige Körpermasse und kraftstrotzende Muskulatur der Gestalt wird nur zum leiblichen Ausdrucksmittel für die höchste psychische Leistung, die einem Menschen möglich ist, für das Niederringen der eigenen Leidenschaft zugunsten und im Auftrage einer Bestimmung, der man sich geweiht hat." (Sigmund Freud: Der Moses des Michelangelo. In: Gesammelte Werke X. Frankfurt/Main: S. Fischer 1981, S. 198).

Hier setzt, folgt man der gängigen Deutung, nun zunächst die Identifizierung mit Moses als Repräsentant einer Triebsublimierung ein, die ein neues Licht auf die oben zitierte Pelzmützengeschichte wirft: Dessen Verhalten von damals erscheint nun nicht mehr als Zeichen von Schwäche und Wehrlosigkeit, sondern im Gegenteil als Ausdruck von Beherrschtheit, Stolz und Überlegtheit.

Am Ende seines Lebens wird er schreiben, der Moses habe ihn „gequält wie ein unerlöster Geist". Und so widmet sich Freud in seinem letzten Lebensjahrzehnt dem zentralen mythischen Bestandteil des Judentums, dem Mann Moses und der monotheistischen Religion. Moses, der Religionsstifter und Gesetzesgeber, der sein Volk ins gelobte Land führte, und der, folgt man Freud, ermordet wurde, weil er seinem Volk zu viel Triebverzicht abverlangte.

Freud begann die Moses-Arbeit im Sommer 1934, unter dem Eindruck des wachsenden Antisemitismus in Deutschland nach der Machtergreifung Hitlers. Im Zentrum der Moses-Arbeit steht das Problem der Tradition und damit der Identität, insbesondere der jüdischen, und vor allem im dritten Abschnitt die Frage: Wie sind die Juden zu dem geworden, was sie sind, was ist eigentlich ein Jude?

In dem eingangs zitierten Brief gibt er eine erste Deutung: „[...] viele dunkle Gefühlsmächte, die Heimlichkeit der gleichen seelischen Konstruktion." Das Heimliche ist aber zugleich das Unheimliche, das Verdrängte, das in Zusammenhang mit Schuld und Triebverzicht die hohen ethischen Forderungen und Vorschriften insbesondere der jüdischen Religion implementiert. Die Moses-Arbeit, geschrieben im hohen Alter, in einer Zeit, in der nicht nur Freuds eigenes Leben, sondern das aller Juden gefährdet war, ist sein Vermächtnis, das erst im Exil seine Drucklegung bei Allert de Lange in Amsterdam fand. ■

Der Text ist eine gekürzte Fassung des Vortrags, der im Juni 1999 vor dem Consistoire Paris von der Autorin gehalten wurde.

Foto: Aleksandra Pawloff

Inge Scholz-Strasser
ist seit 1987 Generalsekretärin der Sigmund-Freud-Gesellschaft und leitet als Direktorin seit 1996 das Sigmund-Freud-Museum in der Berggasse 19.
Neben ihrer internationalen Vortragstätigkeit und Mitarbeit an Ausstellungen hat sie zahlreiche Publikationen zur Geschichte Wiens und zur Psychoanalyse herausgegeben sowie Beiträge zu diesen Themen verfasst.

Alltagsgeschichten

Von Erwin Javor

MEINUNG

„Grießen musst du"

Eine meiner Lieblingsgeschichten in der „Tante Jolesch" von Friedrich Torberg handelt von Fritz Krasa, einem Prager Kauz, der wegen seiner roten Haare „der rote Krasa" genannt wurde. Er war weder besonders schön noch besonders gescheit, und es konnte auch kein Anzeichen eines besonderen Charmes festgestellt werden. Trotzdem galt der „rote Krasa" als der Prager Casanova schlechthin. Gefragt nach dem Rezept seines beneidenswerten Erfolges antwortete er geheimnisvoll: „Grießen musst du," sagte er. „So lange grießen, bis du sie im Bett hast."

Wenn ich nicht in der „Gemeinde" gelesen hätte, dass Ende November die Wahl zum Kultusvorstand stattfindet, hätte ich es auch so gemerkt. Man wird wieder freundlich „gegrießt". Und zwar von den Kandidaten der jeweiligen Listen. Von denen, die es wirklich sind, und jenen, die hoffen, doch noch aufgestellt zu werden.

Es werden, wie bei der letzten Wahl, wieder ca. zehn Listen kandidieren und wieder werden etwa 3.000 Juden ihr Wahlrecht ausüben und 24 Kultusräte in den Kultusvorstand nominieren. Ich denke mir oft, dass bei jeder mittelgroßen Bar-Mizwa-Feier demnach ein Wählerpotential von vier bis fünf Mandaten anwesend ist. Mit den Stimmen der Gäste einer „großen" Hochzeit könnte man schon eine Koalition eingehen. Nichtsdestotrotz wird diese Wahl immer wieder zu einem politischen Ereignis hochstilisiert. Ich persönlich halte das für Größenwahn. Die Liste des derzeitigen Präsidenten hat bei der letzten Wahl als stimmenstärkste Partei nur 621 (sic!) Stimmen erhalten. Das waren ca. zwanzig Prozent der abgegebenen Stimmen. Oder ein aktuelles Beispiel: Der Präsident berichtete vor wenigen Wochen in einer Presseaussendung von einer „dramatischen" Zunahme der Neuregistrierungen der letzten vier Jahre. Diese Meldung entpuppt sich leider als eine der vielen üblich gewordenen Übertreibungen. In Wahrheit hat sich in den besagten vier Jahren die Mitgliederzahl von 6.500 auf lediglich 6.648 erhöht. Nicht berücksichtigt wird dabei zum Beispiel, dass immer mehr jüdische Jugendliche nach dem Studium auswandern oder im Ausland heiraten, ohne sich gleich von der Mitgliederliste streichen zu lassen.

Die One-Man-Show

Plenarsitzung. 29. August, 19 Uhr. Der Kultusvorstand tagt. Von den gewählten 24 Mandataren sind um 19.30 Uhr lediglich 15 anwesend. Später werden es mehr. Um 20.20 Uhr sind es stolze 18 Mitglieder des Vorstandes. Der Präsident macht Tempo. So werden Themen wie Wahlordnung, Beratung über weiteres Vorgehen mit dem fertig gestellten Bericht der Historikerkommission, Vermietung einer Liegenschaft in Baden, Wahl des Tempelvorstandes, Diskussion über ein finanzielles Risiko einer neu zu erbauenden orthodoxen Mädchenschule und Sanierung des Gemeindezentrums in atemberaubender Geschwindigkeit durchgepeitscht. Die Kultusräte haben

wenig bis gar keine Möglichkeit, sich auf diese komplexen Fragestellungen vorzubereiten, und werden mit der vorgefassten Meinung des Präsidenten abgefertigt. Fragen werden von ihm meist unwirsch und ungeduldig beantwortet. (Gerechterweise muss jedoch auch festgehalten werden, dass ein Teil der Mandatare sich überhaupt nur für finanzielle Zuwendungen interessiert, und zwar für jene, die für ihre eigene Gruppierung maßgebend ist.) In einigen Fällen werden wenige Minuten vor der Abstimmung schriftliche Informationen im Plenum verteilt. Natürlich kann sich niemand in so kurzer Zeit sachlich informieren. Das führt dazu, dass im Laufe des Abends die Kultusräte zwangsläufig mehr und mehr zu Statisten degradiert werden. Zwischen den Abstimmungen wird „Politik" gemacht. Dr. Muzicant verteilt Zensuren. Nach einem Seitenhieb gegen Leon Zelman und dessen Eintreten für „sein" Haus der Geschichte folgen lobende Worte für das neue Muzicant-Projekt des „Schoah-Zentrums". Anschließend werden dem Vorstand Pläne für die Errichtung eines weiteren Denkmals vorgestellt. Die aufkeimende Diskussion wird schnell abgewürgt und wenige Minuten später wird mit Mehrheitsbeschluss der Bau eines Mahnmahls im Vorraum des Stadttempels zum Gedenken an 65.000 ermordete österreichische Juden schnell beschlossen. Kostenpunkt: 200.000 Euro. Bemerkenswert ist auch die Tatsache, dass die „Ethik-Regeln", die von der Kontrollkommission in mühevoller Arbeit seit 18 Monaten komplett fertig ausgearbeitet wurden, dem Plenum nicht zur Beschlussfassung vorgelegt werden, obwohl dies als ein wichtiger Punkt in der Tagesordnung aufscheint, und zwar nicht zum ersten Mal. Der Leiter der Kontrollkommission bedauert dies ausdrücklich und wird vom Präsidenten abermals vertröstet.

Noch nie gab es in unserer Gemeinde einen Präsidenten mit derartigen Macherqualitäten. Zu seiner bemerkenswerten Dynamik gesellt sich ein ungeheurer Arbeitseinsatz. Zweifellos hat er für die Gemeinde viel erreicht und dafür gebührt ihm auch Dank. Aber wohin bewegen wir uns unter seiner Führung? Wie ein Bulldozer walzt er alles, was sich ihm wirklich oder auch nur vermeintlich in den Weg stellt, einfach nieder. Ständig wird gebaut, renoviert, Liegenschaften werden verkauft, getauscht, man legt sich mal mit der Regierung, mal mit den Behörden an, und das in immer kürzeren Abständen. Noch ein Denkmal, noch eine Schule, noch eine Presseaussendung, noch ein Fernsehinterview. Wann hat der Mann eigentlich Zeit zum Nachdenken?

Es ist wie bei Gerhard Bronners „Der Wilde mit seiner Maschin": „I waas zwar gar net wo i hinwü, aber dafür bin i gschwinder durt." Von einem Präsidenten meiner Gemeinde erwarte ich mir auch Lebensweisheit und eine gewisse Demut, mit manchen Problemen sehr viel vorsichtiger umzugehen, als es jetzt geschieht.

Im Übrigen bin ich der Meinung, dass die derzeitigen Kosten unserer Infrastruktur nicht mehr seriös zu finanzieren sind. Und wir alle sollten vermeiden, vom Wohlwollen der heutigen oder auch jeder zukünftigen österreichischen Regierung abhängig zu sein.

כתיבה וחתימה טובה

Dr. Josef Lessner

wünscht allen Verwandten,
Freunden und Bekannten
ein glückliches neues Jahr

Jewish Welcome Service Vienna und Dr. Zelman

wünschen allen Freunden
und Bekannten
ein glückliches neues Jahr!

שנה טובה

Von Martin Engelberg

„Ich bin ein Nicht-Kandidat“

Ich werde bei der kommenden November stattfindenden Wahl des Kultusvorstandes nicht kandidieren. Zurückblickend denke ich einiges in der Kultusgemeinde bewegt zu haben. Der Kontrollbericht über das Maimonides-Zentrum hat zahlreiche Missstände aufgedeckt und umfassende und überfällige Veränderungen in unserem Elternheim bewirkt. So manche politische Entscheidung der IKG konnte ich mitgestalten, für viele in unserer Gemeinde war ich das Aushängeschild der Opposition gegen den Präsidenten Muzicant und die derzeitige IKG-Führung. Warum also aufhören?

Zunächst einmal werde ich mich sehr wohl auch hinkünftig in unserer Gemeinde engagieren, aber vorerst einmal nicht im Rahmen der IKG als Institution. Dies vor allem deshalb, da ich zur Überzeugung gekommen bin, dass – zur Zeit, unter der derzeitigen Führung – meine und die Kapazitäten einiger anderer Kultusvorsteher nicht genutzt wurden. Dafür fehlten letztlich – zugegebenermaßen wohl auf beiden Seiten – die emotionalen Voraussetzungen.

Im Klartext: Wahlkämpfen und nachfolgenden Auseinandersetzungen, die von Unehrlichkeit, Aggressivität, Geltungssucht usw. geprägt waren, folgte eine bis heute andauernde Phase, in der starke Ressentiments und Missgunst im Vordergrund stehen. Diese finden Ausdruck in nicht enden wollenden Vorbehalten gegen die (vermeintlich) besiegten Feinde und Versuchen, sich an ihnen zu rächen, während in Wirklichkeit ein reifes Bemühen um Versöhnung, Großzügigkeit und eine neuerliche Identifizierung mit den eigentlichen Aufgaben unserer Gemeinde notwendig gewesen wären.

Es gelang uns allen nicht, die wir in den letzten Jahren im Vorstand der IKG saßen, diese Entwicklung aufzuhalten, und jetzt steht wieder ein Wahlkampf bevor, in dem sich gerade diese negativen Tendenzen neu aufheizen würden.

Der aus Wien gebürtige, international arrivierte Psychoanalytiker Prof. Kernberg beschreibt dies sehr treffend: „Ein Wahlkampf […] kann für eine kleine professionelle Organisation […] verheerende Auswirkungen haben, wenn die eigentliche Arbeit persönliche Kooperation voraussetzt und die einzelnen Führungskräfte die während der Wahl entstandene Kluft überwinden müssen. Die Vergiftung interpersonaler Beziehungen kann sich noch viele Jahre lang bemerkbar machen und bewirken, dass sich einige oder sogar zahlreiche der kreativsten und potentiell wertvollsten Individuen enttäuscht, desillusioniert und ‚depressiv' aus der Organisation zurückziehen."

Dem entspricht dann auch gänzlich die Tatsache, dass zehn der bisherigen 24 Kultusvorsteher nicht mehr zu kandidieren beabsichtigen. Das sind erschreckend viele und entspricht meiner oft im Kultusvorstand geäußerten Warnung, man möge nicht so große Angst vor den Kritikern des Präsidenten haben, sondern vielmehr davor, dass sich so viele Mitglieder unserer Gemeinde und vor allem auch jene, die großes Engagement gezeigt haben, von der IKG überhaupt abwenden.

Was also ist zu tun? Für den bevorstehenden Wahlkampf müssten einmal einige Präventiv-

oder Kontrollmaßnahmen eingebaut werden, um eine neuerliche Eskalation zu verhindern. Dazu gehört allen voran eine drastische Begrenzung der eingesetzten Zeit und finanziellen Mittel:

1. In Wahlverfahren viel größerer Organisationen als der IKG ist vorgesehen, dass jeder Kandidat lediglich ein Positionspapier formuliert, dessen Länge vorgeschrieben ist und das in einer eigenen, gemeinsamen Ausgabe, in diesem Fall z. B. der „Gemeinde", veröffentlicht wird.
2. Statt unzähliger privater „politischer Fundraising-Einladungen" wäre von der IKG eine Veranstaltung zu organisieren, in deren Rahmen sich jeder Kandidat auch einmal persönlich interessierten Wählern vorstellen kann.
3. Die übliche Flut von Wahlkampfzeitungen, Pamphleten, Briefkampagnen etc. wäre unbedingt zu vermeiden.

Natürlich könnte man einwenden, dass man den politischen Prozess nicht eingrenzen, sondern vielmehr eine breite Diskussion unterstützen sollte, weil die Wählerschaft durch klare Darstellung der Positionen rivalisierender Kandidaten informiert werde und die Sachinformationen erhalte, auf deren Grundlage sie eine intelligente, kenntnisreiche Entscheidung treffen könne.

Doch verweist der oben bereits zitierte Prof. Kernberg darauf, dass unzählige Beispiele von Institutionen, wie jene der IKG, beweisen, dass die beschriebene Aufheizung der Stimmung eine unvermeidliche Folge der Aktivierung eines politischen Prozesses darstellt und die Fähigkeit der Wähler, eine intellektuell einsichtige und rationale Entscheidung zu treffen, dadurch in Mitleidenschaft gezogen wird. „Um es ganz offen zu sagen: Sobald ein Thema im Kontext des Großgruppenprozesses diskutiert wird, werden Klischees und konventionell beschwichtigende Ideologien immer den Sieg über den kenntnisreichen, differenzierenden intellektuellen Diskurs davontragen", schreibt Kernberg.

Nach der Wahl wäre es in weiterer Folge sodann notwendig, die IKG insgesamt einer grundlegenden Reform zu unterziehen und das Statut der IKG, gemacht für eine Gemeinde des 19. Jahrhunderts mit bis zu 200.000 Mitgliedern, an die heutigen Gegebenheiten einer Gemeinde mit 6.500 Mitgliedern anzupassen.

Dies würde z. B. eine drastische Reduktion der Zahl der Kultusvorsteher von 24 auf vielleicht acht erfordern, die viel eher im Sinne eines Vereinsvorstandes gemeinschaftlich zu agieren hätten, als im Sinne eines Parlaments und mit Regierung und Opposition wie bisher. Mit Wahlen, in denen in oben beschriebener Art und Weise einzelne Personen der Gemeinde zu bestimmen wären, die sie tatsächlich und kraft ihrer Persönlichkeit repräsentieren können.

Unbedingt nötig wäre sodann eine klare Abgrenzung der Tätigkeitsbereiche der Administration der IKG zu den Aufgaben dieses Vereinsvorstandes, der sich in den administrativen Fragen auf eine Aufsichtsratsfunktion zurückzuziehen hätte. Dadurch könnte die Flut an viel zu oft unnützen, langwierigen, ergebnislosen und daher auch zunehmend unbesucht bleibenden Sitzungen gestoppt werden.

Eine Hinwendung zu zivilisierten Abläufen von Sitzungen, mit klarer Tagesordnung, genau definiertem und eingehaltenem Beginn und Ende, vorhergehender Information und entsprechender Vorbereitung der Teilnehmer (und z. B. gemeinschaftlicher Übereinkunft für die Dauer der Sitzungen alle Handys auszuschalten), würde auch das ihre zu konstruktiven und sinnvollen Diskussionen und Beschlussfassungen beitragen.

In der Zwischenzeit möchte ich daher – wie eingangs erwähnt – die Zeit und Energie, die ich in unserer Gemeinde bisher und auch hinkünftig einbringen möchte, eher in private Initiativen einbringen, die sich auf konstruktive Weise und in kleinem Rahmen auf ganz bestimme Aufgaben konzentrieren. Den – schon seit Jahrzehnten überfälligen – Aufbau einer unabhängigen Jugendorganisation oder die Gestaltung einer informativen und diskursfreudigen Zeitung, wie es das vorliegende NU darstellt. Ich bin überzeugt, damit meinen Interessen bzw. denen meiner Kinder und unserer Gemeinde vorerst einmal besser dienen zu können.

Ein glückliches, gesundes und friedliches neues Jahr wünscht Ihnen

Martin Engelberg

Licht am Ende des Tunnels?

| Immer lauter werden die Stimmen jener Palästinenser, die den bewaffneten Kampf gegen Israel deutlich kritisieren. Eine Chance, die man nutzen sollte. |

Von Eldad Beck

Eldad Beck ist Deutschlandkorrespondent der israelischen Zeitung „Yedioth Ahronot"

Es ist „Bon Ton", den israelischen Premier, Ariel Sharon, zu kritisieren und zu dämonisieren. Man redet oft von seiner „dunklen und blutigen Vergangenheit" oder seiner „Brutalität" und seinen „Gewaltmethoden". Ariel Sharon ist sicher kein Engel, aber – hatte er wirklich Unrecht, als er nach seiner Wahl mit der systematischen Zerstörung der palästinensischen Autonomiebehörde, des Arafat-Regimes, begann?

Der bisherige Kommandant der zentralen Region der israelischen Armee, General Yitzhak Eitan, sagte vor ein paar Wochen bei seiner Postenübergabe: „Die Palästinenser verstehen, dass sie auf der strategischen Ebene den Feldzug verloren haben. Die Opposition organisiert sich. Es gibt Gruppierungen, die Arafat kritisieren und die deutlich sagen, dass zwei Jahre Terror und Kampf nur Hunger, Arbeitslosigkeit und Not brachten und den politischen (palästinensischen) Zielen überhaupt nicht dienten. Auf der palästinensischen Seite gibt es zur Zeit ein Erdbeben."

Eine rein israelische Sicht der Dinge? Nach zwei Jahren Blut und grausamer Gewalt haben die Palästinenser keine Angst mehr, ähnliche Meinungen zu äußern. Schon Ende Juni dieses Jahres schreibt der weltberühmte palästinensische Kulturwissenschaftler Edward Said im „Tagesspiegel": „Arafat ist schlicht daran interessiert, sich selbst zu retten. Er hatte fast zehn Jahre die Freiheit, ein kleines Königreich zu regieren, und war im Wesentlichen darin erfolgreich, Schmach und Schande über sich und die meisten seiner Mannschaft zu bringen. Autorität wurde zu einem anderen Wort für Brutalität, Autokratie und unvorstellbare Korruption [...] Nachdem er das nun drei Mal (Jordanien, Libanon, West Bank) gemacht hat, sollte Arafat nicht die Gelegenheit zu einer vierten Katastrophe erhalten."

Said, der an der Columbia Universität in New York englische Literatur lehrt, ist bekannt als einer der ersten und konsequentesten Arafat-Kritiker. Doch er ortet das Problem auch woanders: „Wenn es eine Sache gibt, die uns zusammen mit Arafats ruinösem Regime mehr geschadet hat, dann ist es diese katastrophale Politik des Tötens israelischer Zivilisten, was der Welt weiterhin beweist, dass wir in der Tat Terroristen sind und eine unmoralische Bewegung dazu."

Auch der palästinensische Abgeordnete Muawiya Al-Masri findet klare Worte der Kritik an Arafat im Gespräch mit der jordanischen Zeitung „Al-Sabil": „Er [Arafat] missbraucht Menschen für seine ganz persönlichen Ziele. Der Präsident beherrscht das Land mit Geld [...] ein undurchdringlicher Nebel umgibt alle wirtschaftlichen Aktivitäten und Entscheidungen der Regierung. Fest steht, dass Etatmittel missbraucht werden, um Menschen zu bestechen."

Abbas Zaki, Mitglied der Fatah-Führung, verurteilt die gesamte Vision der Intifada in einem Interview mit „Focus" am 29. Juli 2002: „Die erste Intifada hatte eine klare Führung, und sie war vom Volk getragen, auf dessen Bedürfnisse und Erwartungen immer Rücksicht genommen wurde. Diese neue Intifada hat keine geschlossene Führung und kein klares Konzept, und das Volk spielt auch keine entscheidende Rolle mehr. Der so genannte militärische Kampf hat das Chaos hervorgebracht, vor dem wir in Palästina nun stehen [...] als die palästinensische Führung 1994 aus dem Exil zurückkam, wurde sie korrupt. Sie steckten mehr ein, als sie vertragen konnten, es gab keinen wirklichen Fortschritt beim Friedensprozess, und es fehlten Menschen mit Visionen".

Sari Nusseibah, der gemäßigte Gründer der Universität „Alquds" in Jerusalem und Beauf-

tragter für die Affären Jerusalems an der Autonomiebehörde, sagt gegenüber der „Süddeutschen Zeitung" am 8. August: „Wenn der Kampf gegen die Okkupation mir kein Leben in Freiheit, in Demokratie, in Würde und Gleichberechtigung bringt, dann will ich keinen Staat, dann will ich kein Ende der Okkupation […] wir müssen unseren Leuten, unseren Kindern beibringen, wer sie sind, aber ihnen auch die Wertschätzung für andere beibringen, für andere Traditionen. Palästinenser sollen in einer pluralistischen Gesellschaft aufwachsen und nicht in einer Gesellschaft, in der man sich selbst als das einzig lebenswerte Wesen versteht oder die eigene Nation, die eigene Religion."

Man kann nicht bestreiten, dass die palästinensische Bevölkerung seit Ausbruch der Intifada unter schlimmsten Lebensbedingungen leidet. Nach zwei Jahren eines grausamen „Unabhängigkeitskampfes" ist aber eine deutliche Entwicklung auf der palästinensischen Seite zu bemerken. Ähnlich wie nach der Niederlage im Libanon 1982, beginnen die Zungen sich zu lösen: Plötzlich kritisiert man Arafat, seine Politik, Korruption, Autorität und Legionäre. Plötzlich redet man vom „Fehlen der Demokratie" in den palästinensischen Reihen. Plötzlich werden die Selbstmordattentate als „unmenschlich und unmoralisch" bezeichnet. Die Fatah-Bewegung versucht, ihre größte politische Rivalin – die radikale Gruppe Hamas – im Rahmen eines Grundsatzabkommens zu zwingen, den bewaffneten Widerstand gegen die israelische Besatzung auf das Westjordanland und den Gaza-Streifen zu beschränken und auf Attentate innerhalb Israels zu verzichten. Man verzichtet auf das Rückkehrrecht der Flüchtlinge. Ja, Arafat sei sogar bereit, das im Februar 2001 mit Israel verhandelte Taba-Abkommen zu akzeptieren, heißt es.

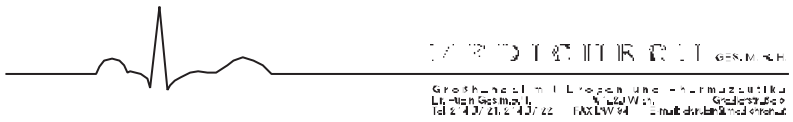
Zwei Jahre Blut, Opfer und Gewalt haben beide Seiten zurück an Punkt null gebracht. Die Palästinenser sind jetzt bereit, zu akzeptieren, was sie damals abgelehnt haben. Aber wollen die Israelis noch so viel geben?

Solange die Gewalt weitergeführt wird, werden die Israelis keine Kompromisse akzeptieren. Vor allem nicht gegenüber einer palästinensischen Führung, die sich unfähig, unwillig und unehrlich gezeigt hatte.

Doch Arafat wird nicht von sich aus auf seinen Platz verzichten. Genauso wie Fidel Castro in Kuba oder Saddam Hussein im Irak – der ewige Überlebende des Nahen Ostens sieht nicht, dass seine Zeit vorbei ist. Und solange Europa ihn hofiert, hat er auch keinen Grund zu gehen. Vielleicht sollten die Europäer den hoffnungstragenden Stimmen in den palästinensischen Reihen endlich zuhören. Und vielleicht sollten die Europäer die Kräfte des Wechsels in der palästinensischen Gesellschaft unterstützen. Warum boykottiert oder sanktioniert man einen Saddam, einen Mugabe oder einen Milošević, während Arafat unantastbar bleibt? Wenn Arafat und sein Regime – wie auch alles, was sie symbolisieren – ein Teil der Geschichte würden, wären auch die Israelis in der Lage, ein ernstes Friedensangebot vorzubringen. Aus purem Eigeninteresse und nicht aus einer falschen Friedensmission heraus.

Denn auch wenn die Generation Arafats weg ist, bleibt die Generation von Hamas und Dschihad, die jedes Abkommen mit Israel als eine taktische und zeitbegrenzte Lösung vor der erwünschten Zerstörung Israels sieht. Diese Organisationen leben vom Hass, und ohne Hass haben sie keine Zukunft.

Dieser Hass muss neutralisiert und entwurzelt werden. Derzeit scheint es so, als ob das nun



Dr. Ludwig Rubin und Ruth, Sidonie und Simon Adler

wünschen allen Freunden und Bekannten ein glückliches neues Jahr!

שנה טובה

כתיבה וחתימה טובה

Dr. Danielle Engelberg-Spera
Mag. Martin Engelberg
Sammy und Rachel

wünschen allen Freunden
und Bekannten
ein glückliches Neues Jahr!

Elisabeth, Richard, Michele, David und Sonja Goldberger

wünschen ein gutes und
glückliches Neues Jahr!

כתיבה וחתימה טובה

P.b.b. ▸ Verlagspostamt 1010 Wien ▸ Zulassungsnr.: 02Z033113M

NU
NEWS ÜBER UNS

IMPRESSUM

OFFENLEGUNG GEMÄSS MEDIENGESETZ:
Herausgeber: Verein Arbeitsgemeinschaft j disches Forum mit Sitz in 1011 Wien, Postfach 1479. Obmann: Johann Adler, Schriftf hrer: Martin Engelberg, Kassier: Erwin Javor

Grunds tzliche Richtung: **NU** ist ein Informationsmagazin f r die Mitglieder der IKG und f r ihnen nahestehende, an j dischen Fragen interessierte Menschen. **NU** will den demokratischen Diskurs f rdern.

HERAUSGEBER UND MEDIENINHABER:
Arbeitsgemeinschaft j disches Forum, 1011 Wien, Postfach 1479
internet: www.nunu.at, e-mail: office@nunu.at, fax: +431 715054543, CA-BV (BLZ 11000) Kto Nr 0857-39233/00

NU ist ein Informationsmagazin f r die Mitglieder der IKG und f r ihnen nahestehende, an j dischen Fragen interessierte Menschen. **NU** will den demokratischen Diskurs f rdern.

REDAKTION:
Martin Engelberg, Erwin Javor, Helene Maimann, Eva Menasse, Peter Menasse (Chefredaktion), Saskia Schwaiger (Schlussredaktion), Danielle Spera, Petra Stuiber, Barbara Toth, Alexia Wernegger

ANZEIGEN:
Anton Schimany (0664/300 77 06)

SATZ & LAYOUT:
ECHOkom
1070 Wien, Schottenfeldgasse 24
Telefon: +43 1 526 26 76-0